Nr. 61 ♦ 43. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 31

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten" sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage „Frauenstimme" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292–297.

Sonnabend, den 6. Februar 1926

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Gegen kommunistische Sprengtaktik.

Eine Warnung des Parteivorstandes.

Der Parteivorstand teilt mit:

In der Frage der Fürstenabfindung haben die Verhandlungen mit der KPD. zweimal volles Einverständnis darüber ergeben, daß jede Partei die Aktion zur Durchführung des Volksbegehrens und des Volksentscheids getrennt und selbständig zu führen hat. Gerade die KPD. legte Wert darauf, daß in dem Kommuniqué, welches die gemeinsame Beschaffung der Eintragungslisten und Plakate ankündigte, die Selbständigkeit der Aktion jeder Partei noch einmal betont wurde.

Im Gegensatz zu diesem Verhalten senden die kommunistischen Organisationsleitungen Rundschreiben heraus, die zur Bildung von Einheitskomitees und gemeinsamem Vorgehen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaften auffordern. Getreu ihrer alten Taktik betonen sie, daß der vornehmlichste Zweck der ganzen Aktion die Sprengung der Sozialdemokratie, der Kampf gegen deren Führer und das Eindringen in die Gewerkschaften sei.

Der ADGB. hat sich in einem Rundschreiben bereits scharf gegen diese Machenschaften gewandt. Der Parteivorstand hat das gleiche in seinem Rundschreiben an die Organisationsleitungen vom 26. Februar getan. Wir bringen unsere Warnung jetzt allen Mitgliedern durch die Presse zur Kenntnis und fordern sie auf, über all dem organisationszerstörenden Treiben der Kommunisten entgegenzutreten.

Jede gemeinsame Aktion ist abzulehnen. Aufrufe — Inserate — Versammlungen — Demonstrationen sind von der Partei allein zu veranstalten. In unseren Versammlungen werden in der Diskussion nur Gegner der Fürstenabfindung das Wort erhalten. Sie dürfen nicht zum Tummelplatz der Kommunisten werden. Jede Annäherung der Kommunisten ist unter Hinweis auf die Erklärung der Kommunistischen Zentrale gegenüber den Mitgliedern des Parteivorstandes, daß jede Partei ihre Aktion selbständig zu führen habe, zurückzuweisen. Der Doppelzüngigkeit und Hinterhältigkeit der Kommunisten haben unsere Parteigenossen strengste Disziplin entgegenzusehen.

Es handelt sich um die größte politische Aktion, die in Deutschland jemals durchgekämpft wurde, die weit über den Rahmen der sozialdemokratischen Anhängerschaft hinausgetrieben werden muß, wenn sie siegreich sein soll. In diesem wahren Volkskampf handelt es sich nicht, wie die Fürstenpresse behauptet, um eine „rote Einheitsbewegung", sondern um die Zusammenfassung aller Volksgenossen, zugunsten der Notleidenden, gegen die erpresserischen Absichten der Fürsten. Das ist das Ziel, das durch die Taktik der Kommunisten gefährdet wird, von der Sozialdemokratie als Trägerin des Volkswillens aber dennoch erreicht werden muß.

Arbeit für 200 000 Erwerbslose.

Notstandsarbeiten in großem Umfange für 4 Monate.

Amtlich wird mitgeteilt: „Das Reichsarbeitsministerium hat zu Anfang des Jahres im Einvernehmen mit den Ländern gewisse Erleichterungen für die Finanzierung der öffentlichen Notstandsarbeiten geschaffen. Nicht nur ist der Anteil des Reiches und der Länder an den Kosten der Notstandsarbeiten erhöht worden, auch in den Zins- und Tilgungsbedingungen kommen Reich und Länder den Gemeinden weitgehend entgegen. Diese Erleichterungen haben es den Ländern und Gemeinden ermöglicht, für die Zeit der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit Notstandsarbeiten in erheblichem Umfange in Angriff zu nehmen. Nach den Mitteilungen der Länder, die beim Reichsarbeitsministerium vorliegen, waren am 15. Januar d. J. Notstandsarbeiten bereitgestellt, die insgesamt rund 20 Millionen Erwerbslosentagewerke umfassen. Zu begrüßen ist es, daß die bereitgestellten Arbeiten durchweg auch einen hohen wirtschaftlichen Wert haben. In der Hauptsache handelt es sich um dringend notwendige Straßenarbeiten, Flußregulierungen, Kanalbauten, landwirtschaftliche Meliorationsarbeiten und Anlagen zur Versorgung mit Wasser und Kraft.

Demnach wird es voraussichtlich möglich sein, in den nächsten vier Monaten täglich etwa 200000 Erwerbslose bei Notstandsarbeiten zu beschäftigen. Wenn diese Zahl auch nur einen Bruchteil der Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen darstellt, so lassen die hohen Kosten, welche die Notstandsarbeiten verursachen, es doch kaum zu, Arbeiten in erheblich größerem Umfange durchzuführen. Zu berücksichtigen ist auch, daß diese Notstandsarbeiten der doppelten oder dreifachen Zahl von unterstützten Erwerbslosen zugute kommen, wenn die Gemeinden der Anregung des Reichsarbeitsministeriums nachkommen, die Notstandsarbeiter in möglichst kurzen Zeiträumen auszuwechseln. Endlich ist von dem Fortschreiten der Jahreszeit erfahrungsgemäß eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch die Außenberufe zu erwarten."

•

Wie die amtliche Mitteilung schon sagt, handelt es sich nur um einen Bruchteil der Erwerbslosen, die bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden, und zwar, wenn man die Gesamtzahl der Erwerbslosen nur auf drei Millionen schätzt, um etwa 7 Proz. Wie aber sieht es in Berlin mit seinen 225 000 Arbeitslosen aus? Hier müßte, wenn man den Reichsmaßstab anlegt, für 15 000 Arbeitslose Arbeitsgelegenheit bestehen oder in Vorbereitung sein. Wenn aber einmal alle Vorarbeiten fertig sein werden, dann dürfte noch nicht der dritte Teil davon bei Notstandsarbeiten untergebracht sein. Eine schärfere Verurteilung der Saumseligkeit des Magistrats der Reichshauptstadt läßt sich kaum denken.

England und das Achtstundenabkommen.

Zur gemeinsamen Ratifizierung bereit.

London, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der britische Innenminister Sir William Joynson-Hicks kam in einer Rede in Leicester, in der er die Zurückstellung des geplanten Fabrikgesetzes durch die konservative Regierung zu verteidigen suchte, auch auf die geplante Konferenz der Arbeitsminister zu sprechen. Die hierauf bzw. auf die Washingtoner Konvention bezüglichen Stellen seiner Rede lauteten nach dem Bericht der „Times" wie folgt: „Es gibt ein weiteres Problem von außerordentlicher Wichtigkeit, nämlich die internationalen Schwierigkeiten bezüglich der Arbeitszeit. Die Washingtoner Konferenz hat den Versuch bedeutet, die Arbeitsstunden in der gesamten zivilisierten Welt auf 48 pro Woche herunterzusetzen. Das sind Arbeitsbedingungen, die bereits in 90 Proz. der Fabriken Großbritanniens Geltung haben. Ich bin aber nicht gesonnen, gesetzgeberisch dasjenige zu verankern, was bereits in den Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern durchgesetzt worden ist, so lange keine Gewähr dafür besteht, daß die gleichen Verpflichtungen auch im Ausland den Unternehmern auferlegt werden. Großbritannien muß danach trachten, eine Gleichheit der Voraussetzungen, unter denen die Fabriken Großbritanniens mit denen Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und anderer Länder zu konkurrieren hätten, herzustellen. Unter diesen Voraussetzungen hat die Regierung den Arbeitsminister ermächtigt, die Arbeitsminister der großen europäischen Länder zu einer Konferenz nach London einzuladen, auf der die Möglichkeiten einer gemeinsamen bindenden Vereinbarung über die Details der Arbeitsbedingungen in ihren Ländern erörtert werden sollen. Es wäre z. B. unnütz, die Arbeitszeit in einer bestimmten Industrie auf 48 Stunden zu begrenzen, wenn ihre auswärtigen Konkurrenten 48 Stunden und außerdem noch durch irgendeine verschleierte Art von Ueberzeitvereinbarung noch weitere 12 Stunden arbeiten würden. Die Regierung legt das allergrößte Gewicht auf die kommende Konferenz; sie hofft und glaubt, daß auf ihr eine Vereinbarung getroffen werden kann, die dann der britischen Regierung Gelegenheit geben wird, in das geplante Fabrikgesetz feste Bestimmungen über die Arbeitszeit aufzunehmen, welche die Billigung sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter finden. Angesichts dieser Tatsache hat das Kabinett beschlossen, das britische Fabrikgesetz in dieser Session im Parlament noch nicht einzubringen."

Für Wirtschaftsausgleich!

Belgisch-deutsch-französische Sozialistenkonferenz.

Paris, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) **Die sozialistischen Parteien Frankreichs, Deutschlands und Belgiens haben für Ende Februar eine Konferenz zur Besprechung der akuten Wirtschaftsfragen einberufen, auf deren Tagesordnung nicht nur die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen, sondern das Gesamtproblem eines Ausgleichs der wirtschaftlichen Interessen der drei beteiligten Länder steht. Die französischen Genossen haben dazu die Abg. Barthe, Spinasse, Cayrel und Couteaux sowie Grumbach vom Parteivorstand delegiert.**

Der preußische Justizminister hat im Einverständnis mit dem Reichsjustizminister eine Verfügung erlassen, in der das Einschreiten der Justizbehörden bei Straftaten, die Abgeordnete vor ihrer Wahl begangen haben, geregelt wird. Danach bedarf zwar das eingeleitete Strafverfahren keiner Genehmigung des Parlaments, aber irgendeine Beschränkung seiner persönlichen Freiheit ist ohne die Zustimmung des Parlaments nicht statthaft, da sie den betreffenden Abgeordneten in einem Teil seiner parlamentarischen Tätigkeit behindern kann.

Der gescheiterte Vermittler zwischen Marokko und Frankreich, der britische Offizier Cunning, hat Marokko verlassen und ist zunächst nach Spanien gereist.

Das Fürstenkompromiß.

Regierungsparteien und Fürstenabfindung.

Von Otto Landsberg.

Das Grundgesetz einer Taktik, die sich vom Verstande leiten läßt, heißt: Setze nicht alles auf eine einzige Karte, denn du hast verspielt, wenn sie nicht sticht. Von diesem Gesichtspunkt aus kann es uns nur erwünscht sein, wenn eine Aenderung der Gesetzgebung das deutsche Volk dagegen schützt, das Opfer einer ungünstigen Rechtslage zu werden, falls der von uns beantragte Volksentscheid in der Fürstenfrage wider Erwarten gegen uns und damit zugunsten der Fürsten ausfallen sollte; denn ohne eine solche Gesetzesänderung würde das Scheitern unserer Aktion zur Folge haben, daß auf Grund meist recht zweifelhafter Titel von den Gerichten ein wertvolles Vermögensstück nach dem anderen den deutschen Ländern abgesprochen und als Fürsteneigentum anerkannt werden würde.

Der Gesetzentwurf der Regierungsparteien hat zum Ausgangspunkt die Erkenntnis, daß die Auseinandersetzung der Länder mit den Fürsten zum mindesten keine rein zivilrechtliche, sondern im hohen Maße eine politische Angelegenheit ist. Die deutschen Fürsten haben zu allen Zeiten, namentlich aber in der absolutistischen Periode, in der ihr Wille Gesetz war, gern die Klinke der Gesetzgebung ergriffen, um aus Landeseigentum Privatbesitz zu machen. Auch den Regierungsparteien ist der Gedanke unerträglich, Rechte der Fürsten anzuerkennen, die aus Unrecht geboren sind. Auch sie empfinden Scham bei der Vorstellung, daß in einer Zeit tiefster allgemeiner Verarmung einige wenige Familien von dem ausgepowerten deutschen Volke mit vielen Hunderten von Millionen Mark ausgestattet werden sollen. Aus beiden Gründen wollen sie die Abfindung der Fürsten nicht nach dem geschriebenen „Recht", sondern nach der Billigkeit bestimmen lassen.

Diese Anschauungen und Bestrebungen der Regierungsparteien haben indessen in ihrem Gesetzentwurf einen sehr unvollkommenen Ausdruck erfahren. Diesem Entwurf kann, wie die Antragsteller selbst anerkennen, der Einwand der Verfassungsänderung genau mit demselben Recht entgegengestellt werden wie dem Antrage Koch, der dahin geht, den Ländern die Ermächtigung zu erteilen, die Auseinandersetzung mit den Fürsten unter Ausschluß des Rechtsweges durch Gesetz zu regeln. Wenn sich die Mittelparteien schon dem in ihren Augen gewiß gewichtigen Vorwurf aussetzen, daß sie zum Nachteile der Fürsten die Reichsverfassung umgestalten wollten, so ist nicht abzusehen, weshalb sie sich nicht auf den Boden des Antrages Koch gestellt haben. Sie würden dann das Ziel eines billigen Ausgleichs weit sicherer erreicht haben, als durch die Einsetzung eines Reichssondergerichts; denn die Mehrheitsverhältnisse in den deutschen Parlamenten schließen es aus, daß irgendein Landesgesetz auf die entschädigungslose Enteignung auslaufen würde. Vielmehr würde für die bürgerlichen Mehrheiten der Landtag die Herbeiführung einer beiden Teilen billigen Lösung der Auseinandersetzungsfrage der leitende Gesichtspunkt sein. Weshalb soll, wenn die Frage der Abfindung als eine in hohem Maße politische anerkannt wird, ein ausschließlich oder doch überwiegend aus Richtern bestehendes Gremium (nur die beiden von den Parteien bestimmten Mitglieder des Sondergerichts würden der Reichtereigenschaft entbehren können) die Höhe und die Beschaffenheit der an die Fürsten zu machenden Zuwendungen bestimmen! Zu der Entscheidung darüber, welche Summen diesen eine im pekuniären Sinne „würdige Lebenshaltung" ermöglichen, bedarf es keines Richterspruches, und die Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder, die, wie aus § 5 Nr. 5 des Entwurfes der Regierungsparteien sich ergibt, zu berücksichtigen ist, können die Landesparlamente besser beurteilen als noch so hervorragende Juristen.

Wer steht ferner den Regierungsparteien dafür, daß die Richter des Sondergerichts, auf deren Auswahl sie keinen unmittelbaren Einfluß haben, von den den Fürsten günstigen Vorurteilen frei sein werden, die in einer Fülle von Erkenntnissen der ordentlichen Gerichte zutage getreten sind, von jenen Erkenntnissen also, die die Antragsteller gerade von der Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Eingriffs des Reiches überzeugt haben! Die Auswahl der Personen bedeutet hier viel, wenn nicht alles, und es könnte sich bitter rächen, wollte man diese Tatsache nicht beachten.

Unbegreiflich ist weiter, daß, wenn man sich schon zu der Erkenntnis durchgerungen hat, die Billigkeit statt des „Rechts" zum Ausgangspunkt jeder kommenden Auseinandersetzung mit den Fürsten machen zu müssen, die bereits stattgehabten Auseinandersetzungen nach dem Antrage der Regierungsparteien gleichwohl grundsätzlich bestehen bleiben sollen, obwohl sie doch ausschließlich auf dem sogenannten Recht, das heißt dem geschriebenen Recht beruhen.

Die Antragsteller haben erklärt, daß sie Verbesserungen ihres Entwurfes dankbar begrüßen werden. Sie scheinen also eine schärfere Fassung und eine Erweiterung

der Richtlinien, nach denen das Sondergericht entscheiden soll, nicht ablehnen zu wollen. Ich befürchte, daß auch eine Umgestaltung der einzelnen Bestimmungen des Antrages keine Gewähr für die Erreichung des von den Regierungsparteien erstrebten Zieles geben wird. An dem Entschluß, die Auseinandersetzungsfrage durch Richter lösen zu lassen, scheinen sie trotz der Anerkennung des starken politischen Einschlags der Angelegenheit festzuhalten. Darin erblicke ich den Grundfehler des Entwurfs. Seine Väter waren nicht nur von der Ueberzeugung geleitet, daß die Auseinandersetzung auch von anderen Faktoren als dem geschriebenen Rechte beherrscht sein müsse, sondern im gleichen Maße von dem Wunsche, den Volksentscheid über den Antrag auf Enteignung der Fürsten entbehrlich zu machen. Das von ihnen geplante Gesetz wird dieses Ziel nicht erreichen.

Die Feme.

Wo bleiben die Regierungen?

Der Verteidiger Dr. Bloch aus dem Fememordprozeß ist von der Polizei wegen der Affäre Goebel vernommen worden. Er gibt seine Aussagen selbst im Nacht-„Tag" wieder. Seine eigene Darstellung läßt sein Verhalten in sehr zweifelhaftem Lichte erscheinen. Die Polizei hat nach dem Verhör die Akten der Staatsanwaltschaft übergeben.

Die „Germania" beschäftigt sich unter der Ueberschrift „Unheimliches am Femeprozeß" mit der Femeverschwörung. Sie schreibt:

Das Urteil im Fememordprozeß hat die Oeffentlichkeit nicht beruhigen können. Der Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen die Wünsche der Reichs- und Staatsregierung und gegen die Meinung des Vertreters der Staatsanwaltschaft auf Antrag eines Verteidigers war bereits ein Kuriosum, das unangenehmes Aufsehen erregte. Dann die schnelle Erledigung des Prozesses, bei der wahrscheinlich nicht die geringsten Versuche gemacht wurden, in die Hintergründe der zahlreichen Fememorde hineinzuleuchten, die eilige Freilassung zweier Hauptbelasteten, schließlich die Verteilung des Strafmaßes und die eigenartige, unlogische Urteilsbegründung. Inzwischen erweckt das Verhalten der Verteidiger den schärfsten Argwohn.

Nachdem es die bekannten Tatsachen wiedergegeben hat, fährt das Blatt fort:

„Diese Enthüllungen sind allerdings geeignet, wenn sie sich bewahrheiten, den Prozeß zu einem Skandal zu machen. Eine schleunige Nachprüfung ist, nicht nur der Verurteilten wegen, unbedingt erforderlich."

Es ist die Aufgabe des preußischen Justizministeriums, die schleunige Nachprüfung und die Zerstörung der Verschwörung zu bewirken. Die Justiz versagt — wo bleibt die Regierung?

Feme-Ausschuß des Landtags.

Im Landtag konstituierte sich am Freitag abend der „Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Beziehungen zwischen Fememördern, deutschnationalen Abgeordneten und Arbeitgeberverbänden." Vorsitzender des Ausschusses ist Landgerichtsdirektor Göbel vom Zentrum. Als Berichterstatter wurde bestimmt Abg. Kuttner (Soz.). Erforderlichenfalls soll später noch ein zweiter Berichterstatter gestellt werden. Die drei größten Parteien, Deutschnationale, Sozialdemokraten und Zentrum, stellen je einen Schriftführer.

Es wurde beschlossen, zunächst in interner Sitzung einen Vorbericht des Abg. Kuttner entgegenzunehmen. Der Berichterstatter ging darin auf die Anwaltshonorare ein, die im Fememordprozeß Pannier gezahlt wurden und in der Oeffentlichkeit eine gewisse Rolle spielten. Der Berichterstatter stellte entsprechende Beweisanträge.

Es wurde beschlossen, vier Gruppen von Zeugen zu vernehmen: 1. Vertreter der Regierung und Behörden, 2. die beschuldigten Gewerkschaftsbeamten bzw. Abgeordneten, 3. Vertreter der Arbeitgebervereinigungen, 4. Anwälte. Die Beweiserhebung soll am Dienstag, den 16. Februar, in öffentlicher Sitzung beginnen und fortlaufend durchgeführt werden. Die Frage der Vereidigung der Zeugen soll von Fall zu Fall entschieden werden.

Das Stahlhelmverbot.

Die Verordnung, die sich gegen die militärischen Vereinigungen wie Stahlhelm usw. richtet und die dem Reichsrat zugegangen ist, hat dem Reichsdienst der deutschen Presse zufolge folgenden Wortlaut:

Artikel 1: Als im Widerspruch zu den Bestimmungen der Artikel 177, 178 des Vertrages von Versailles stehend sind Vereinigungen anzusehen, die a) sich mit militärischen Dingen befassen, b) ihre Mitglieder im Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Kriegswaffen ausbilden oder üben lassen, c) mit dem Reichswehrministerium oder irgendeiner anderen militärischen Behörde in Verbindung stehen.

Artikel 2: Vereinigungen, bei denen aus der Satzung oder ihrem Verhalten hervorgeht, daß sie eine der im Artikel 1 bezeichneten Tätigkeiten entfalten, sind nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 22. März 1921 aufzulösen.

Umstellung bei der Reichswehr.

Im Anschluß an die Abmachungen von Locarno veröffentlicht das Heeresverordnungsblatt eine Verordnung des Reichspräsidenten, wonach der bisherige Chef der Heeresleitung künftig nur noch militärischer Berater des Reichswehrministers und sein Vertreter in den militärischen Angelegenheiten des Heeres ist. Die Befehlsgewalt über das Heer übt unter dem Reichspräsidenten der Reichswehrminister aus. Ihm unterstehen die Oberbefehlshaber der Gruppen, die Divisionskommandeure und die Landeskommandeure.

Luftfahrteinigung?

Der „Matin" prophezeit sie.

Paris, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Matin" von autorisierter Seite erfahren haben will, soll eine Einigung in den deutsch-französischen Luftfahrtverhandlungen noch vor Mitte Februar zu erwarten sein. Das Blatt faßt die von Frankreich aufrechterhaltenen Bestimmungen gegen Deutschland folgendermaßen zusammen: 1. Verbot einsitziger Apparate mit Motoren von über 60 PS. 2. Verbot von Flugzeugen, die mit Vorrichtungen zur Jagd, zur Bombardierung oder mit einem Schutzpanzer ausgerüstet sind. 3. Beschränkung der Zahl der auszubildenden Flugzeugführer.

Auf die Erlaubnis zum Bau von Kriegsflugmaschinen wird Deutschland ja auch weiter verzichten müssen; wenn es zur allgemeinen Abrüstung kommt — die vorbereitende Völkerbundskonferenz dazu soll anfangs Mai beginnen — werden sich auch die nichtpazifistischen Deutschen, soweit sie nur vernünftig sind, damit wohl abfinden. Aber was lediglich die Zivilfliegerei der Siegerländer vor deutschem Wettbewerb bewahren soll, wird Deutschland wohl nicht zur Gegenleistung der Oeffnung seines Luftbereichs für die Fliegerei dieser Staaten veranlassen können.

•

Ministerpräsident Briand hatte am gestrigen Freitag Besprechungen mit den Botschaftern Deutschlands und Englands, wobei u. a. die Frage der Besatzungsstärke im Rheinland behandelt wurde.

Brauns über seine Sozialpolitik.

Invalidenrentner und Erwerbslose.

Bei der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums im Haushaltsausschuß des Reichstags am Freitag nahm zum Schluß Reichsarbeitsminister Dr. Brauns das Wort. Ueber die Menge von Gesetzen, die das Reichsarbeitsministerium neu bearbeite, könne man vielleicht Klagen führen, wenn man befürchte, daß die große Quantität der Gesetzentwürfe vielleicht deren Qualität beeinträchtige. Aber man müsse doch auch bedenken, daß eine solche starke Gesetzesproduktion in den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Zeit begründet sei. Bezüglich des Schutzes der älteren Angestellten hat sich der Reichswirtschaftsrat mit 44 gegen 22 Stimmen auf einen Vorschlag geeinigt, der aller Wahrscheinlichkeit nach eine geeignete Grundlage für eine entsprechende Gesetzgebung darstellen könne. Die Erhöhung der Kinderzuschläge für Invalidenrentner konnte nicht rückwirkend durchgeführt werden, weil die Rückwirkung Mehrkosten von 28 bis 30 Millionen Mark verursacht hätte. Die Statistik der Einnahmen aus Beiträgen der Invalidenversicherung und der Rentenzahlungen zeige leider in den letzten Monaten ein Absinken der Einnahmen gegenüber einer Erhöhung der Rentenzahlungen. Im Oktober 1925 hätten die gesamten Einnahmen aus Beiträgen der Invalidenversicherung 58,8 Millionen Mark betragen, im November 51,3 Millionen Mark und im Dezember 1925 insgesamt 51,9 Millionen Mark. Dagegen hätten die Rentenzahlungen im Oktober 1925 betragen: 52,8 Millionen Mark, im November 53,0 und im Dezember 54,5 Millionen Mark. Man dürfe also im Interesse einer gesunden Zahlungsbilanz das Reich nicht nötigen, noch mehr zu zahlen.

An der Aufbringung der Kosten für das Schlichtungswesen seien jetzt die Länder in höherem Maße beteiligt als früher. Mit Recht sei in der Diskussion die Wanderarbeiterfrage als gesetzgebungsbedürftig hingestellt worden. Zuständig hierfür sei aber das Reichsinnenministerium. Das Versorgungswesen werde keineswegs weiter ausgebaut, sondern im Gegenteil abgebaut. Der Minister machte dann genaue zahlenmäßige Angaben über die Ausgaben für unterstützende und produktive Erwerbslosenfürsorge nach dem Stande vom 1. April 1925 bis zum 5. Februar 1926. Für unterstützende Erwerbslosenfürsorge wurden in dieser Zeit aus öffentlichen Mitteln ausgegeben insgesamt 36 336 000 M., für produktive Erwerbslosenfürsorge wurden effektiv ausgegeben 33 056 000 Mark, verfügt wurde über 27,8 Millionen Mark, so daß insgesamt für produktive Erwerbslosenfürsorge in der angegebenen Zeit 60 800 000 Mark ausgegeben worden sind und für unterstützende und produktive Erwerbslosenfürsorge zusammen insgesamt 97,2 Millionen Mark. Was die Vorlage für die Unterstützung der Kurzarbeiter anbetreffe, so habe das Reichsarbeitsministerium schon frühzeitig Vorschläge ausgearbeitet. Ueber Einzelheiten werde noch im Kabinett beraten. Auch das Berufsausbildungsgesetz werde demnächst im Kabinett beraten werden. Federführend sei hier das Reichswirtschaftsministerium, aber auch das Reichsarbeitsministerium sei stark beteiligt. Die Pensionsversicherung der Rechtsanwälte ist fertiggestellt und bereits den Organisationen der Rechtsanwälte zugeleitet. Die Organisationen selbst aber haben gebeten, vor Einleitung weiterer Schritte ihnen noch einmal Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Die Lohnsteuererstattungen für 1925.

Aussicht auf baldige Vereinfachung.

Der sozialdemokratische Antrag auf Vereinfachung der Lohnsteuererstattungen wegen Verdienstausfall im Kalenderjahr 1925 ist am Freitag dem Steuerausschuß des Reichstags überwiesen worden. Es steht bereits heute fest, daß die Notwendigkeit der Vereinfachung von allen Seiten anerkannt wird, da sie nicht nur dem Steuerpflichtigen Erleichterungen, sondern auch den Finanzämtern die dringend erforderliche Entlastung bringen soll. Deshalb ist mit beschleunigter Beratung des sozialdemokratischen Antrages im Steuerausschuß zu rechnen, so daß die neuen Vorschriften noch rechtzeitig vor dem 31. März, an dem die Frist für Einreichung der Anträge abläuft, in Kraft treten werden.

Da anzunehmen ist, daß die neuen Erstattungsbestimmungen für den Steuerpflichtigen nicht nur Vereinfachungen bei der Beschaffung der Unterlagen, sondern auch kleine Vergünstigungen hinsichtlich der Höhe des zu erstattenden Betrages bringen werden, empfiehlt es sich, mit dem Stellen der Anträge zu warten, bis die neuen Vorschriften erlassen sind. Das ist ferner aus dem Grunde ratsam, weil es wahrscheinlich nicht möglich sein wird, die bereits erledigten Fälle ebenfalls in die Neuregelung einzubeziehen. Hier wird es jedenfalls in der Regel bei der rechtskräftig gewordenen Erstattung bleiben müssen.

Wilhelm Schmidtbonn.

(Zu seinem 50. Geburtstag am 6. Februar.)

Noch viel mehr als Herbert Eulenberg ist sein zwei Wochen jüngerer Landsmann Wilhelm Schmidt, der sich nach seiner Vaterstadt Bonn heute Wilhelm Schmidtbonn nennt, als ein spezifisch rheinischer Dichter anzusprechen. Es gibt wohl kaum einen zweiten Dichter in unserer Zeit, der Landschaft und Volkstum seiner Heimat in seinem Schaffen so echt und eindringlich und mit so liebevoller Vertiefung in alle Eigenheiten ihres Charakters wiedergibt, wie Schmidtbonn. In seinem Rheinländertum sind Wesen und Grenzen seiner literarischen Bedeutung beschlossen, aber sein Werk verflacht niemals in die Aeußerlichkeit der berüchtigten „Heimatkunst", sondern bleibt stets wahrer Ausdruck einer dichterischen Persönlichkeit.

Freilich hat dieser Dichter oft genug in seinem verhältnismäßig wenig umfangreichen Schaffen versucht, über seine Eigenart hinauszugelangen und in der Bewältigung von Stoffen aus alter Sagenwelt die Palme des Dramatikers zu erringen. Aber die Entfernung von seiner eigentlichen Natur hemmte auch seine Schöpferkraft und zwang ihn zu theatralischen Konstruktionen. So hat sich trotz mancher gelungenen Einzelheiten ein Werk wie das Schauspiel „Der Graf von Gleichen" oder die Tragödie „Der Zorn des Achilles" nicht auf der Bühne zu halten vermocht, und vollends in dem Legendenspiel „Der verlorene Sohn" ist die ergreifende Schlichtheit der biblischen Erzählung ganz von ausschweifender Schwülstigkeit und sensationeller Effekthascherei überwuchert. Auch in seinen modernen Dramen ist Schmidtbonn nur dort eindrucksvoll, wo er Volkstum und Landschaft seiner Heimat gestaltet. Ein lebendiges Beispiel für diese Zwiespältigkeit gibt seine Tragikomödie mit dem gesuchten Titel „Hilfe! Ein Kind ist vom Himmel gefallen." Die Handlung dieses Stückes, in dessen Mittelpunkt ein Mädchen steht, das in seinem Schlafzimmer von einem Einbrecher überrascht worden ist und von ihm ein Kind bekommen hat, zeugt von einer unerträglichen erklügelten Mache. Aber die Schilderung der Diebsleute entspringt einer feinen, von liebevoller Teilnahme erfüllten Beobachtung der Menschlichkeit der sozial Enterbten.

Am lebendigsten und nachhaltigsten kommt Schmidtbonns dichterische Persönlichkeit in seinen Geschichten vom Rhein zum Ausdruck, die er unter dem Titel „Uferleute" (wie fast alle Werke des Dichters in der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart-Berlin erschienen) gesammelt hat. Hier sind Land und Leute vom Rhein in ihrer ganzen Natürlichkeit, ihrem fröhlichen, sonnigen Grundcharakter und ihrem naiven Humor mit größter Anschaulichkeit und Lebensfülle wiedergegeben. Man erhält aus diesen, von Liebe und Verständnis überströmenden Darstellungen von Alltagsschicksalen, die bald heiter, bald tragisch verlaufen, ein Bild von rheinischem Volkstum und von der reichen, erhabenen landschaftlichen Eigenart dieser Gegend mit ihren Schönheiten, aber auch ihren Naturkatastrophen, das sich mit allen Einzelheiten unauslöschlich einprägt. Eine besonders reizvolle Gabe hat uns Schmidtbonn auch mit seinem Legendenbuch „Der Wunderbaum" beschert. In den dreiundzwanzig Legenden dieses Buches ist märchenhafte Phantastik und kraftvolle Grohartigkeit zu einer ungemein packenden künstlerischen Einheit verschmolzen.

Was uns Schmidtbonn am meisten liebenswert macht, ist seine innige Versenkung und gütevolle Verklärung der Welt des Proletariats. Immer sind es die kleinen Leute, die niedersten Volksschichten, die Außenseiter der Gesellschaft, deren Erleben und Fühlen, deren Sehnsüchte und menschliche Einfachheit in Erzählungen wie „Das Glücksschiff", „Die Letzte", „Eltern", „Der Knecht" u. a. mit wundervoll ergreifender Eindringlichkeit lebendig wird. Diese Liebe zu den Armen und Elenden verbürgt am meisten den dauernden Wert des Lebenswerkes dieses rheinischen Dichters und ist ein schöner Beweis dafür, daß echtes Künstlertum immer mit großem Menschentum verbunden ist.

Wilhelm Bolze.

Rolland und die Volksbühne.

Die Volksbühnenbewegung, die sich zum kulturellen Ziel gesetzt hat, die Kunst zum Gemeinschaftserlebnis zu erheben, darf zu ihren Paten auch Romain Rolland zählen. Etwa in derselben Zeit, als die junge deutsche Dichtung und die junge deutsche Arbeiterbewegung in brausenden Akkorden zusammenklangen und die Berliner Freie Bühne entstand, erlebte Paris mit einer Elite der geistigen Jugend einen ganz ähnlichen Vorgang. Auch Rolland war unter dieser Jugend und entwarf in ihrem Auftrag einen Aufruf zu einem internationalen Kongreß für Volkstheater in Paris. Der prachtvolle Schwung dieses Aufrufs bringt die künstlerische Not des Theaters, wie sie auch heute noch besteht, zum lebendigen Ausdruck.

„Die Kunst ist die Beute der Selbstsucht und Anarchie. Eine kleine Anzahl hat sich aus ihr ein Vorrecht geschaffen und schließt das Volk aus. Der zahlreichste und lebendigste Teil des Volkes findet keinen Ausdruck mehr in der Kunst. Es gibt nur noch eine Kunst für Blasierte. Man muß die Kunst zu ihrer Rettung den törichtsten Vorrechten entreißen, die sie ersticken, und ihr die Tore des Lebens öffnen; endlich soll man dem Volke eine Stimme geben und in jeder Nation das „Theater für alle" gründen, wo die Kraft aller zur Freude aller arbeitet. Wir rufen alle zu uns, die sich von der Kunst ein menschliches und vom Leben ein brüderliches Ideal machen — alle diejenigen, die nicht den Traum von der Handlung, das Wahre vom Schönen, das Volk von der Elite trennen wollen. Es ist eine Frage von Leben und Tod für Kunst und Volk; denn wenn die Kunst sich nicht dem Volke öffnet, ist sie dazu verdammt zu verschwinden; und wenn das Volk nicht den Weg zur Kunst findet, verliert die Menschheit ihre Bestimmung."

In seinem Buch „Das Theater des Volkes" hat Romain Rolland nochmals eine historische und ästhetische Einführung in das Wesen des Volkstheaters gegeben. Seine Pläne zerschlugen sich, weil sich in Frankreich im Gegensatz zu uns bisher noch niemand gefunden hat, der mit zähem Eifer das Werk der Organisation durchgeführt hätte. Die soziologischen Ursachen dieses geringen Widerhalls hat der Dichter mit scharfem Blick erkannt und in dem gleichwohl nicht resignierenden Vorwort zur neuen Auflage des Buches niedergelegt.

„Unser Glaube an ein Volkstheater, das den entnervten Raffinements der Pariser Genußwelt eine männliche und starke Kunst entgegensetzen sollte — dieser inbrünstige Glaube ist eine der reinsten und heiligsten Kräfte unserer Jugend gewesen. Nie werden wir ihn verleugnen. Doch die Erfahrung hat uns genötigt, einzusehen, daß eine Volkskunst nicht leicht aus einem Boden aufblüht, dessen Volk sich allmählich durch die bürgerlichen Klassen hat erobern und von ihren Gedanken durchdringen lassen, und das keinen lebhafteren Wunsch hat als den, ihnen zu gleichen. Wir fühlten dies, als wir 1903 beim Abschluß dieses Buches schrieben: „Ihr wollt eine Kunst für das Volk? Fangt endlich damit an, ein Volk zu haben!" Und dennoch haben wir die Hoffnung auf eine nahe Zukunft nicht aufgegeben, in der beides auferstehen wird."

Romain Rollands Hoffnung ist auch unsere Hoffnung. Das große, aus dem Gemeinschaftserleben durch den Mund des Dichters geborene Gesamtkunstwerk wird eine der schönsten Früchte der sozialistischen Zukunft sein.

Gustav Eberlein. In Berlin starb Freitag der Bildhauer Professor Gustav Eberlein. Er hat im kaiserlichen Deutschland einst eine erhebliche Rolle gespielt: Viele der Hohenzollern- und sonstigen Fürstendenkmäler sind von seiner Hand; als einer der hervorragendsten Schüler von Begas hatte er die leichte Art und die repräsentative Geste für dieses Genre. Aber er hat, wo er freier arbeiten konnte, in der antikisierenden Marmorfigur auch Leistungen vollbracht, die mehr Anspruch auf dauernde Beachtung erheben können. Am bekanntesten sind der Dornauszieher der Nationalgalerie, die genreartige Büste „Goethe mit Schillers Schädel", „Venus züchtigt Amor". Der Fries an der Fassade des Kultusministeriums ist auch von ihm. In Rom repräsentierte er mit seinem Goethe-Denkmal. Der außerordentlich fruchtbare Künstler — er war auch als Maler tätig — hat auch eine große Anzahl Kleinplastiken geschaffen. Nach der Revolution hat Eberlein auch eine Marxbüste und eine Lassallestatue geschaffen.

Im Alter von 68 Jahren begann der nie rastende Künstler noch ein großes Relief der „Ilias und Odyssee" und ein „Phidias-Relief". — Auch als Dichter und Schriftsteller-Dichter hat er sich betätigt. Vor allem soll ihm nicht vergessen sein, daß er im Jahre 1900 gegen die die Freiheit der Kunst bedrohende lex Heinze öffentlich als Redner in den Protestversammlungen auftrat.

Gustav Eberlein war am 14. Juli 1847 in Spiekershausen bei Münden (Hannover) geboren. Er kam vom Kunsthandwerk her, zuerst war er Goldschmied und besuchte hierauf die Kunstschule in Nürnberg. Dann kam er nach Berlin, wo er den Rest seines Lebens verblieb. In seinem Nachlaß finden sich Lebenserinnerungen, sicher ein interessanter Beitrag zu der Kunst des wilhelminischen Zeitalters sein werden.

Musikchronik. Die öffentliche Hauptprobe zum vierten Bruno-Walter-Konzert mit Mozarts Requiem und Es-Dur-Sinfonie findet am Sonntag, 11½ Uhr, in der Philharmonie statt.

„Wasti und Alli", das türkische Puppenspiel von Armin T. Wegner und Lola Landau, dessen Uraufführung seinerzeit verschoben werden mußte, geht nunmehr Sonntag, 28. Februar, vorm. 11½ Uhr, unter der Regie von Paul Henckels als Morgenfeier in der „Komödie" in Szene.

Volk unter Völkern!

Seipel über das Problem des deutschen Staates.

Der Führer der Christlich-Sozialen Partei in Oesterreich, Bundeskanzler a. D. Dr. Seipel, hielt gestern im Volksdeutschen Klub einen Vortrag über das Problem des deutschen Staates. Er führte aus:

An die Stelle der außenpolitischen Tendenzen der Vorkriegszeit ist jetzt die Sehnsucht und das Streben nach Verständigung der Völker getreten und man geht davon aus, sich zunächst einmal zu verstehen. In der Tat gibt es kein größeres Hindernis für die friedliche Zusammenarbeit der Völker als das Nichtverstehen. So bestehen z. B. über die Begriffe Nation und das Selbstbestimmungsrecht der Völker zwischen Westeuropa und Mitteleuropa wesentliche Unterschiede in der Auffassung, die dazu geführt haben, daß Westeuropa sich bedroht fühlt, wenn von den Deutschen die kulturelle Einheit der deutschen Nation betont wird, während die Deutschen über die Handhabung des Selbstbestimmungsrechts durch die westeuropäischen Staaten enttäuscht wird, weil sie es idealistischer auffassen als die Westeuropäer.

Noch viel deutungsfähiger ist der Begriff des Staates. Bewundernswert ist es, mit welcher Beharrlichkeit die französische Nation durch ihre viele Jahrhunderte lange alte Geschichte den Einheitsstaat angestrebt hat. Mit ähnlicher Konsequenz steuert die englische Nation durch die allmähliche Zusammenfassung der einst von so vielen kleinen Staaten erfüllten britischen Inseln dem einheitlichen Herrschaftsgebiet zu. Ganz anders die Entwicklung in Deutschland und Italien, wo der Staatsbegriff lange Zeit fehlte und die beiden hauptsächlichsten Funktionen des Staates, die Geltandmachung der Nation nach außen und die Herstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern, Jahrhunderte hindurch in verschiedenen Händen lagen. Aber während es in Italien wenig mehr als eines halben Jahrhunderts bedurfte, um den einheitlichen Staatsbegriff und das Staatsideal der Westvölker mit ungeheurer Energie in die Wirklichkeit umzusetzen, haben die Deutschen auch heute noch nicht den Einheitsstaat, obwohl ein Teil von ihnen schon in den 60ziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts unter großen Opfern ein nationaleinheitliches Staatsgebiet zu schaffen versuchte. Der Ausbruch des Weltkrieges unterbrach die Entwicklung.

Jetzt nach dem Kriege sucht der größere und vernünftigere Teil des deutschen Volkes Volk unter Völkern zu werden. Er sucht dem deutschen Volke die ihm vorenthaltene Gleichberechtigung mit den anderen Nationen zu erringen, zugleich aber für dessen eigene Zukunft klare Ziele zu gewinnen und damit auch alles abzustreifen, was das Mißtrauen der übrigen Welt lebendig erhalten könnte. Heißt dies einfach die Begriffe und Ideen der anderen Völker unverändert aufnehmen? Ich weiß es nicht. Wohl aber bin ich überzeugt, daß wir noch einige Zeit brauchen werden, um unseren Weg in die Zukunft endgültig zu finden. Nicht nur weil wir von außen behindert werden, ihn zu gehen, sondern weil wir mit der Geistesarbeit, die dazu notwendig ist, noch nicht fertig sind.

In dieser Zeit, in der wir stehen, hat für das Leben der deutschen Nation nicht nur der deutsche Staat im Reiche, sondern auch der deutsche Staat in Oesterreich eine besondere Aufgabe.

Völkische Mordhetze.

Tumult im bayerischen Landtag.

München, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Bayerischen Landtag kam es am Freitag nachmittag zu einer regelrechten Prügelszene. Der berüchtigte Nationalsozialist Streicher hielt eine seiner pathologischen antisemitischen Hetzreden und erklärte zum Schluß, daß er den vor acht Wochen im Landtag gemachten Ausspruch seines Parteifreundes Wagner: „Ich würde es begreifen, wenn ein ausgewiesener Elsaß-Lothringer Stresemann über den Haufen schießen würde", voll und ganz decke. Die Folge dieser frechen Mordhetze war ein ungeheurer Tumult. Auf der linken Seite des Hauses drangen verschiedene Sozialdemokraten mit dem Ruf „Mordbube" gegen das Rednerpult vor. Plötzlich stürzte sich der kommunistische Abg. Büchs auf Streicher, der von seinem Parteifreund Löw mit vorgehaltenem Stuhl beschützt wurde. Mit Faustschlägen, und im Handgemenge entriß der Kommunist seinem Gegner den Stuhl und drohte damit auf Löw und Streicher einzuschlagen. Es gelang einem Sozialdemokraten noch rechtzeitig, den erhitzten Kommunisten abzudrängen. Der Tumult und der ungeheure Lärm dauerte über eine Viertelstunde. Der Präsident hatte inzwischen die Sitzung unterbrochen. In der neuen Sitzung wurden alle Beteiligten gemeinsam zur Ordnung gerufen, weil es dem Präsidium nicht möglich war, die tumultarischen Vorgänge im einzelnen zu verfolgen. In längerer Erklärung versuchten hierauf noch die Nationalsozialisten ihre Mordhetze abzuschwächen, wodurch es neuerdings zu Tätlichkeiten zu kommen drohte. Streicher zog es schließlich vor, den Sitzungssaal zu verlassen.

•

München, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Leitung des bayerischen Kultusministeriums wird in der nächsten Zeit ein Wechsel eintreten, da der gegenwärtige Minister Dr. Matt, der außerhalb Bayerns vor allem durch sein Wort vom Preußen Ludendorff bekannt wurde, so schwer erkrankt ist, daß mit seinem Rücktritt gerechnet wird. Als Hauptanwärter für die Nachfolge Dr. Matts wird der frühere Innenminister Schweyer genannt, der 1923 der Intrigenpolitik Knillings und der vaterländischen Verbände unterlag, aber als treues Mitglied der Bayerischen Volkspartei rehabilitiert werden dürfte.

Die Neuregelung der Hauszinssteuer.

40 Proz. der Friedensmiete — Zwei Fünftel davon für Wohnungsbau.

Der preußische Gesetzentwurf über die Hauszinssteuer (Gebäudeentschuldungssteuer) ist dem Landtag zugegangen. Nach ihm unterliegen der Gebäudeentschuldungssteuer die in Preußen belegenen bebauten Grundstücke. Von der Steuer frei sind Neubauten und neugeschaffene Gebäudeteile, wenn der Bau erst nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden ist und ohne öffentliche Beihilfen entstand. Ferner sind von der Steuer frei die Grundstücke öffentlicher Körperschaften, Grundstücke von Vereinigungen gemeinnütziger Art, Botschaften, Gesandtschaften und Konsulate (sofern Gegenseitigkeit gewährt ist) und diejenigen bebauten Grundstücke, die nach § 24 Abs. 1e bis i des Kommunalabgabengesetzes den Steuern vom Grundbesitz nicht unterliegen. Auf Antrag sind von der Steuer zu befreien Einfamilienhäuser, die vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig hergestellt und nicht mehr als mit 20 Proz. des Friedenswertes belastet waren, wenn sie ausschließlich vom Eigentümer und seiner Familie bewohnt werden und nicht mehr als 70 Quadratmeter Wohnfläche haben. Für die Steuer haftet das Grundstück an sich.

Die Steuer beträgt 40 Proz. des Goldmarkbetrages der Friedensmiete nach Abrechnung der gesetzlichen Nebenleistungen. Bei bebauten Grundstücken, die am 31. Dezember 1918 mit dringlichen privatrechtlichen Lasten gar nicht oder mit nicht mehr als 50 Proz. des Friedenswertes belastet waren, ist der Betrag der Steuer auf Antrag des Eigentümers bis auf einen Spielraum von, je nach der Belastung, 10 Proz. bis 33 Proz. der Friedensmiete herabzusetzen. Solche Anträge sind beim Vorsitzenden des zuständigen Steuerausschusses anzubringen. Die Steuerschuldner haben nach näherer Anordnung des Finanzministers Steuererklärungen abzugeben und sind verpflichtet, Aenderungen in den Rechtsverhältnissen dem Vorsitzenden des Steuerausschusses anzuzeigen. Der Finanzminister ist ermächtigt, in einzelnen Fällen die Steuer ganz oder teilweise zu erlassen.

Die Bezirksfürsorgeverbände erhalten für erhöhte Kosten zur Fürsorge für hilfsbedürftige Mieter aus dem örtlichen Aufkommen ihrer Gemeinden an Gemeindeentschuldungssteuer 8 Proz. Von dem hiernach verbleibenden Steueraufkommen sind 18/40 zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu verwenden. Nicht verwendete Beträge gehen an den Staat. Die Ausführung des Gesetzes liegt den zuständigen Ministern ob. Das Gesetz gilt nicht für die Insel Helgoland.

Neue tschechische Sprachenverordnung

Arge Verringerung des Minderheitenrechts.

Prag, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die auf eine so geringe Mehrheit gestützte Koalitionsregierung hat soeben eine umfangreiche Ausführungsverordnung zum Sprachengesetz erlassen. Das Sprachengesetz enthält die grundlegende Bestimmung, daß in allen Gerichtsbezirken, in denen mindestens zwanzig Prozent der Bevölkerung bei der Volkszählung eine andere als die tschechoslowakische Nationszugehörigkeit angegeben haben, die Sprache dieser Minderheit in Amt und Gericht mit der Staatssprache insofern gleichberechtigt ist, daß Eingaben und Klagen auch in dieser Minderheitssprache angenommen und erledigt werden, sowie daß die zum Verkehr mit dem Publikum bestimmten Beamten auch dieser Minderheitssprache mächtig sein müssen. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, dieses gesetzlich festgelegte Minderheitenrecht einzuschränken und, ungeachtet dieser wichtigen Bestimmung, die nichttschechischen Bezirke auf jede mögliche Weise zu tschechisieren. Man weiß, wie dieses Ziel durch massenhaften Abbau und zahlreichste Verschickung von Beamten und Angestellten aller Grade, die der Minderheitsnation angehörten, angestrebt wurde. Man hat die Stellen, die auf diese Weise frei gemacht wurden, mit Tschechen besetzt, um durch sie und ihre Familien die tschechischen Minderheiten besonders in den überwiegend deutschen Landesteilen zu stärken. Zu den vielen Tschechisierungsmaßnahmen gehörte insbesondere auch der letzthin vom Obersten Verwaltungsgericht als gesetzwidrig aufgehobene Erlaß, der die Gaststätten in Sudetendeutschland zwingen wollte, auf ihren Häusern wie auf den Speisekarten usw. tschechische Bezeichnungen an erster Stelle zu führen. Gerade das Scheitern dieses Versuchs an der Gesetzestreue des Obersten Verwaltungsgerichts scheint der neuen Verordnung Geburtshelfer gewesen zu sein. Von den drei tschechisch-sozialdemokratischen Ministern haben zwei, nämlich die Genossen Bechynje und Dr. Winter, die neue Verordnung nicht unterschrieben, ebenso der unpolitische Minister für die Slowakei, Kallay. Dagegen hat der dritte sozialdemokratische Minister, Dr. Derer, die Verordnung mit unterzeichnet. Es ist anzunehmen, daß um die Verordnung innerhalb der Regierungskoalition heftig gekämpft worden ist, wobei tschechische Sozialdemokraten unterlegen sind.

Während bis jetzt ein Deutscher aus Prag oder einem sonstigen Bezirk, wo nicht mindestens zwanzig Prozent Deutsche sind, zwar nicht in einem solchen Bezirk, wohl aber in einem Bezirk mit über zwanzig Prozent Deutschen Eingaben und Klagen in deutscher Sprache einbringen konnte, worauf sie dort — wenn die Zuständigkeit gegeben war — in deutscher Sprache verhandelt und erledigt werden mußten, wird das durch die neue Verordnung verboten! Es wird neu bestimmt, daß die Bürgermeister und Vizebürgermeister in Städten mit eigenem Statut (Magistratsverfassung) der Staatssprache mächtig sein müssen, unbekümmert um die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung dieser Städte, zu denen beispielsweise auch das weit überwiegend deutsche Reichenberg gehört. In dem tschechisierten Brünn ist jetzt ein deutscher Sozialdemokrat Vizebürgermeister — die neue Bestimmung entfernt ihn von seinem Posten! Für alle Gemeinden mit über 3000 Einwohnern wird bestimmt, daß binnen drei Jahren ihre Gemeindevorsteher das Tschechische beherrschen müssen und daß sie für tschechisch sprechende Beamte sorgen müssen, auch wenn sie zum Beispiel rein deutsch sind! Ja, es wird die unglaubliche Bestimmung getroffen, daß in allen, auch in den kleinsten Gemeinden, wenn in der Gemeindevertretung auch nur ein einziger Tscheche sitzt, dafür gesorgt werden muß, daß dieser „Minderheitsvertretung" alle Reden in der Gemeindevertretung und ihren Ausschüssen übersetzt werden müssen. Von einem gleichen Recht für nichttschechische Minderheiten im tschechischen Gebiet ist gar keine Rede. Und woher kleine Gemeinden die Geldmittel für solche Uebersetzer nehmen sollen, darum kümmert sich der Staat nicht.

Der Artikel 99 der Verordnung bestimmt, daß aus „öffentlichen Interessen" den Gaststätten jene Auflage gemacht werden kann, die das Oberste Verwaltungsgericht soeben erst als gesetzwidrig gebrandmarkt hat!

Es wird weiter bestimmt, daß selbst Laienrichter die Staatssprache beherrschen müssen, wodurch also Hunderttausende Staatsbürger von diesem Amt ausgeschlossen werden. Für jede Anstellung im Staatsdienst ist die Beherrschung der Staatssprache Voraussetzung. Ueber die Art der Feststellung dieser Beherrschung durch die Prüfungskommissionen hat man genügende Erfahrungen bereits sammeln können; einfachen Eisenbahnern wurden Fragen nach den Werken irgend welcher unbekannter tschechischer Dichterinnen gestellt, und als sie sie selbstverständlich nicht beantworten konnten, wurden sie nicht etwa für das Lehramt der tschechischen Literaturkunde, sondern für den Eisenbahndienst als ungeeignet erklärt!

Alle deutschen Parteien ohne Unterschied sehen in dieser Verordnung die Krönung der Tschechisierungspolitik und werden gegen sie den schärfsten Kampf eröffnen. Das Parlament ist gegenwärtig noch nicht versammelt, die gesamte Opposition drängt aber auf seine sofortige Einberufung.

Bethlen war unterrichtet.

Der Briefwechsel Bethlen—Perényi.

Budapest, 5. Februar. (WTB.) Das Ungarische Telegraphen Correspondenz-Bureau meldet: Der Pariser „Matin" veröffentlichte in seiner heutigen Nummer den Briefwechsel zwischen dem Ministerpräsidenten Grafen Stephan Bethlen und dem Präsidenten des Ungarischen Nationalverbandes, Baron Siegmund Perenyi, betreffend die Frankaffäre.

Im Zusammenhange mit der Publikation des „Matin" wandte sich das Ungarische Telegraphen Correspondenz-Bureau an Baron Perenyi mit der Frage, warum er diese Briefe bisher nicht publiziert habe. Baron Perenyi antwortete:

Ich habe die Briefe einfach aus dem Grunde nicht veröffentlicht, weil der Verfasser des an mich gerichteten vertraulichen Schreibens, der Ministerpräsident, mich hierzu nicht ermächtigt und gewünscht hat, daß die Angelegenheit der Briefe, bevor ich sie veröffentliche, vor dem Parlamentsausschuß bereinigt werde. Da die Publikation des „Matin" dazwischen gekommen ist, halte ich es nun auch meinerseits für notwendig, beide Briefe in ihrer ursprünglichen Textierung zu veröffentlichen.

Der an mich gerichtete Brief des Ministerpräsidenten hat folgenden Wortlaut:

Ministerpräsident. Streng vertraulich.

Budapest, den 27. November 1925.

Geehrter Freund!

Man hat mich aufmerksam gemacht, daß sich der Nationalverband im Besitze von französischen Francsfalsifikaten befinde und sie auch verwenden wird.

Habe die Güte, der Sache nachschauen zu lassen und mich zu beruhigen.

Ich bitte durch Dich den Verband nachdrücklichst, sich solcher Manipulationen zu enthalten und sich in derlei nicht einzulassen.

Mit herzlichem Gruße Dein Dich verehrender, getreuer

Bethlen m. p.

Auf diesen Brief des Ministerpräsidenten schrieb ich folgende Antwort:

Geehrter Freund! Auf Deine hochgeschätzten Zeilen vom 27. d. M. habe ich die Ehre, Dir zur gefälligen Kenntnis zu bringen, daß sich im Besitze des ungarischen Nationalverbandes keinerlei Falsifikate befinden, daß er sich mit der Verwertung von solchen oder mit ähnlichen Manipulationen niemals beschäftigt hat und auch heute nicht beschäftigt. Deinem Wunsche gemäß habe ich der Sache nachgeschaut, und es ist mir auch gelungen, in dieser Angelegenheit gewisse Informationen zu beschaffen. Ich bitte Dich, habe die Güte, mir noch vor Deiner Abreise Gelegenheit zu bieten, über diese Sache persönlich zu referieren.

Es grüßt Dich herzlichst Dein aufrichtiger Freund

Baron Perenyi m. p.

Baron Perényi machte hierauf noch folgende Bemerkung: Wiewohl ich mir wohl bewußt war, daß sich der Nationalverband mit solchen sträflichen Treibereien nicht beschäftigt, bin ich auf Grund der Weisung des Ministerpräsidenten der Sache pflichtgemäß nachgegangen und es gelang mir, vertraulich zu erfahren (ich habe das Versprechen gegeben, die Quelle nicht zu nennen), daß es tatsächlich einzelne Personen oder eine Gesellschaft gibt, die sich mit einem solchen Plane beschäftigten und daß auch Landespolizeichef Emmerich Nadossy im Besitze von Informationen über die Sache war. Um die Uebergabe meines an den Ministerpräsidenten gerichteten Antwortschreibens ersuchte ich den Staatssekretär Baron Georg Pronay, der mir schon damals mitteilte, eine persönliche Begegnung mit dem Ministerpräsidenten werde kaum möglich sein, denn dieser kehre erst am nächsten Tage mittags heim und fahre schon nachmittags weiter nach Genf. In der Tat konnte ich den Grafen Bethlen nicht sprechen. Am nächsten Tage begegnete ich jedoch Staatssekretär Pronay, der mir mitteilte, er habe den Brief übergeben und vom Ministerpräsidenten die Weisung erhalten, Nadossy eine strenge Order zukommen zu lassen, einem solchen Plan, falls er tatsächlich bestehe, zu verhindern. Nachdem der Landespolizeichef diese Weisung von dem Staatssekretär in der Tat auch erhalten hatte, betrachtete ich die Angelegenheit als endgültig erledigt, denn ich hatte von Nadossy niemals vorausgesetzt, aber gewiß auch der Ministerpräsident nicht, daß der Landespolizeichef einer der Teilhaber dieses unsinnigen Unternehmens ist.

Diplomatische Kuriere überfallen.

Angebliche Räuber töten in Lettland einen und verletzen den zweiten Sowjetkurier schwer.

Riga, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Heute um ½7 Uhr früh drangen unweit der Station Aexküll in den für Kuriere und Inhaber von Diplomatenpässen reservierten Schlafwagen des Zuges Moskau—Berlin einige Maskierte ein. Sie überfielen zwei Sowjetkuriere, die im unverschlossenen Abteil mit diplomatischer Post nach Berlin fuhren. Die Kuriere griffen zu den Waffen, ein Feuergefecht folgte. Der Kurier Retta wurde getötet, sein Kollege durch einen Bauchschuß schwer verwundet. Unter den Mitreisenden brach eine furchtbare Panik aus. Im Dienstabteil des Wagens fand man zwei der Maskierten in sitzender Stellung erschossen auf. Nach Aussagen der Zeugen sind auf der Plattform des Wagens noch andere Banditen gesehen worden. Die beiden Räuber sind junge Leute in guter Kleidung; bei ihnen wurde etwas litauisches Geld und drei Revolver mit viel Munition, aber keine Dokumente gefunden. Das Kuriergepäck ist nicht verschwunden. Die lettische Regierung behauptet, der Anschlag sei lediglich ein Raubanfall und ganz ohne politische Beweggründe gewesen; dies habe die Untersuchung ergeben und die Räuber hätten noch einem anderen Reisenden Geld abgefordert. Die Regierung hat der Sowjetgesandtschaft ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen. Die Sowjetunion ist von dem unpolitischen Charakter des Ueberfalls nicht überzeugt.

Moskau macht die lettische Regierung verantwortlich.

Riga, 5. Februar. (Tll.) Der Sowjetgesandte hat dem lettischen Außenministerium eine Note überreicht, in der die lettische Regierung für den Vorfall verantwortlich gemacht wird, da sie keinerlei Maßregeln zum Schutze der Kuriere getroffen habe. Er behält sich weiter das Recht vor, Genugtuung zu verlangen.

Ausschluß von Labour-Ortsgruppen.

Weil sie die Kommunisten nicht ausgeschlossen haben.

London, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteivorstand (National-Exekutive) der Labour Party hat in seiner jüngsten Sitzung den Ausschluß von drei Ortsgruppen der Partei vollzogen. Dieser Ausschluß erfolgte, weil sich diese Ortsgruppen geweigert hatten, den vom jüngsten Parteitag der Arbeiterpartei vorgeschriebenen Ausschluß der Kommunisten, die sich als Einzelmitglieder in ihren Reihen befanden, zu vollziehen.

Damit erledigen sich alle von kommunistischer Seite ausgestreuten Gerüchte, als ob der Beschluß des Parteitages auf schwere Widerstände innerhalb der Mitgliedschaft der Arbeiterpartei gestoßen wäre und zu einer ganzen Reihe von Unbotmäßigkeiten geführt hätte, welche die Durchführung des Parteitagsbeschlusses unmöglich machten.

Der Adreßantrag abgelehnt.

London, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Antrag Snowden, daß in der Antwort des Unterhauses auf die Thronrede u. a. die Verstaatlichung des Großgrundbesitzes gefordert werden solle, ist mit 290 gegen 112 Stimmen abgelehnt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Keine Zentralarbeitsgemeinschaft!

Aber auch keine Arbeitsgemeinschaft mit der KPD.

Aus dem Bureau des ADGB. wird uns geschrieben: Im Abendblatt der „Frankfurter Zeitg.“ vom 3. Februar wird gemeldet, es hätten in Essen „Beratungen führender Arbeitgeber des Bergbaues und der Leiter der Gewerkschaften stattgefunden, die der Klärung der Frage einer eventuellen Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft im Bergbau galten“. Diese Meldung ist völlig unrichtig.

Richtig ist lediglich, daß zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften des Bergbaues unter Teilnahme von Vertretern der Spitzenverbände Verhandlungen stattgefunden haben, die auf eine Besserung der Arbeitsmöglichkeiten im Bergbau abzielten. Mit keinem Worte ist hierbei von der „Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft im Bergbau“ gesprochen worden.

Diese unrichtige Meldung der „Frankfurter Zeitung“ wird in der „Roten Fahne“ vom 5. Februar noch erweitert, indem sie dieser Meldung die sensationelle Ueberschrift gibt: „Der ADGB. will zurück zur Zentralarbeitsgemeinschaft!“

Aus der unrichtigen Meldung von der geplanten „Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft im Bergbau“ macht also die „Rote Fahne“ — ihrer steten lügenhaften Uebertreibung getreu — eine Wiederaufrichtung der Zentralarbeitsgemeinschaft.

Die „Rote Fahne“ schweigt über die weiteren Mitteilungen in der von ihr erwähnten Notiz der „Frankfurter Zeitung“, in der gesagt worden war, daß bei den Beratungen starke Meinungsverschiedenheiten zutage getreten seien. Das heißt, daß die Gewerkschaftsvertreter den Unternehmervertretern gegenüber bei der Besprechung der brennendsten Wirtschaftsfragen die Arbeiterinteressen zu schützen und zu fördern bestrebt waren.

Ist das der Redaktion der „Roten Fahne“ so unangenehm, um es ihren Lesern verschweigen zu müssen? Hat sie nicht täglich vom ADGB. gefordert, er solle sich für die Arbeitslosen durch Beschaffung von Arbeit in erhöhtem Maße einsetzen?

Die „Rote Fahne“ freilich wird sich in Zukunft ebenso wie jetzt die Vertretung der Arbeiterinteressen leichter machen. Für sie besteht die Lösung des „Arbeitslosen- und Wirtschaftsproblems“ lediglich in der Veranstaltung von „Aktionen“ und in der Gründung von kommunistisch gestalteten „Einheitskomitees“. Ihre Sensationsnachricht, der ADGB. wolle zurück zur Zentralarbeitsgemeinschaft, verfolgt nur den Zweck, neue Angriffsmöglichkeiten zur Bekämpfung der Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. Jetzt glaubt sie gefunden zu haben, was sie suchte, um ein Ablenkungsmanöver von dem häßlichen Rundschreiben der kommunistischen Parteileitung Brandenburgs über die beabsichtigte kommunistische Zerstörungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften bei der Durchführung des Volksbegehrens herbeizuführen.

Das Ablenkungsmanöver wird nicht gelingen! Keine Zentralarbeitsgemeinschaft! Aber auch keine Arbeitsgemeinschaft mit den unter falscher Flagge der „Einheitskomitees“ segelnden Zerstörern der Gewerkschaftsbewegung.

Die Klage gegen die Reichsbahn beschlossen.

Beratungen der Gewerkschaften.

Die drei Eisenbahnergewerkschaften traten am Freitag in Berlin wiederum zusammen, um über ihre weiteren Schritte gegen die Reichsbahn zu beraten. Es wurde beschlossen, nunmehr die Klage auf Leistung gegen die Reichsbahngesellschaft unverzüglich einzureichen. Die Formulierung der Klage dürfte schon in den nächsten Tagen erfolgen.

Die Schuhmacher zum Reichstarif.

Gegen jede Verschlechterung und Lohnkürzung.

Eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher nahm am 3. Februar Stellung zur Kündigung des Reichstarifvertrags für die Schuhindustrie.

Der Bevollmächtigte Hörz führte unter anderem aus, daß in Berlin von 7000 Arbeitern der Schuhindustrie Ende Januar zirka 4800 völlig arbeitslos waren, von den 2200 noch Beschäftigten sind zwei Drittel Kurzarbeiter bis herunter zu 16 Stunden wöchentlich. Von den 110 im Oktober 1925 vorhandenen Betrieben sind zwei Drittel gänzlich stillgelegt, die noch vorhandenen haben mit wenigen Ausnahmen ihre Arbeitszeit eingeschränkt. Die Stillegung der Betriebe war nicht in allen Fällen eine zwingende Notwendigkeit. Richtig ist, daß eine Reihe von Berliner Schuhfabriken infolge der rückständigen technischen Einrichtung und der geringen Arbeiterzahl nicht existenzfähig, somit nicht existenzberechtigt sind. Aber es sind auch Betriebe stillgelegt worden, die mit verkürzter Arbeitszeit hätten aufrechterhalten werden können und sind nur stillgelegt worden, um 1. keinerlei Risiko einzugehen für den Absatz solcher Waren, die hätten auf Lager gelegt werden müssen und 2. zum Zwecke des Lohnabbaues. Einige Fabrikanten haben dies ganz offen ausgesprochen. Die Firma Gebrüder Erlach ist doch soweit gegangen, die Abteilung Zwickerei zu entlassen, wodurch die Stillegung des Betriebes herbeigeführt wird, weil sie vom Gewerbegericht zur Fortzahlung des Lohnes an ein zu Unrecht entlassenes Betriebsratsmitglied verurteilt wurde. In fast allen noch vorhandenen Betrieben haben die Unternehmer Lohnabbau versucht, in den meisten Fällen sind sie jedoch auf entschiedenen Widerstand der Arbeiterschaft gestoßen, die trotz der Ankündigung des Unternehmers auf Betriebsstillegung sich nicht beirren ließ. Die nächsten Wochen werden der Organisation und der Kollegenschaft eine schwere Aufgabe stellen, da die Wiedereröffnung der Betriebe in Bälde erfolgen dürfte. Die Firma Reh u. Prädel hat einen Teil ihrer früheren Arbeiter zu den alten Bedingungen wieder eingestellt. Es ist dies eine der wenigen Berliner Schuhfabriken, die sich an die tarifvertraglichen Verpflichtungen zur Zeit günstiger wie auch ungünstiger Wirtschaftsperioden gebunden fühlte.

Wir verlangen von jedem Kollegen und jeder Kollegin, daß sie angebotene Arbeit nur zu den Bedingungen annehmen, die vor der Stillegung in diesem Betriebe maßgebend waren und wie sie allgemein in Berlin üblich sind. Sollten Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorgestelle der Kollegenschaft in ihrem berechtigten Verhalten irgend welche Schwierigkeiten machen, so ist dies in jedem einzelnen Falle unverzüglich dem Verbandsbureau zu melden. Ebenso ist sofort zu melden, wenn in einem Betriebe Arbeiter eingestellt werden und zu welchen Bedingungen. Unter keinen Umständen darf einem Lohnabbau, ganz gleichgültig, in welcher Form, zugestimmt werden. Organisierte Kollegen würden sich damit außerhalb der Organisation stellen. Wenn wir in diesem Sinne uns betätigen, werden wir die Stellung des Zentralvorstandes bei den zu erwartenden Verhandlungen über den von den Fabrikanten gekündigten Reichstarif stärken, von dem verlangt werden muß, daß er jede Verschlechterung des Tarifvertrags ablehnt und Sicherungen gegen die Willkürmaßnahmen der Unternehmer verlangt. Nachdem Hörz wie auch die nachfolgenden Diskussionsredner die einzelnen Abänderungsanträge der Unternehmer und der Gewerkschaft einer eingehenden Erörterung unterzogen hatten, nahm die Versammlung einstimmig einen Antrag im Sinne der Ausführungen des Referenten an.

Zum Schiedsspruch im Bankgewerbe.

Der Vorstand des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten nahm am Donnerstag zu dem Schiedsspruch für das deutsche Bankgewerbe Stellung, der bereits kurz nach der Verkündung von den Vertretern des Reichsverbandes der Bankleitungen als „unannehmbar“ abgelehnt worden ist. Der Vorstand beschloß, unverzüglich die Meinung der Gruppen im Reiche einzuziehen. Am Sonntag wird dann, nachdem die Stellungnahme der wichtigsten Bezirksgruppen vorliegt, der Vorstand in einer außerordentlichen Sitzung seine definitive Stellungnahme bekanntgeben, da die Erklärungsfrist am Montag, den 8. d. M., abläuft. Eine am Mittwoch in Berlin abgehaltene Versammlung der Bankangestellten hat bereits eine Resolution angenommen, in der eine Ablehnung des Schiedsspruches zum Ausdruck gebracht wird. Die Stellung der übrigen am Tarifvertrag beteiligten Organisationen steht bisher noch nicht fest.

Betriebsratswahl bei Ehrich & Grätz.

Am Dienstag, den 2. Februar, nahm im Saal der Rennbahn zu Treptow eine von 600 Mann besuchte Betriebsversammlung Stellung zur allgemeinen Wirtschaftslage und zu der Arbeiterratsneuwahl am 8. Februar. Den auf der ganzen Linie zur Arbeitszeitverlängerung und Lohnreduzierung vorgehenden Unternehmern gegenüber hält sich die Belegschaft von Ehrich u. Grätz verpflichtet, die Forderung auf bessere Bezahlung zu stellen, um durch Hebung der Kaufkraft im Inlande eine bessere Konjunktur zu erzielen. Diese Auffassung kam auch in der Diskussion über die bevorstehende Arbeiterratsneuwahl einheitlich zum Ausdruck. Sind doch auch in diesem Betriebe zur Abwürgung des Schleiferstreiks „nationale“ Arbeiter als Streikbrecher eingezogen, die mit Unterstützung der Firmenleitung ungehinderte Agitation im Betriebe betreiben können und zur Wahl eine Liste mit sechs Kandidaten eingereicht haben. Bei der Besprechung des Statuts der „vaterländischen Verbände“, nach deren Richtlinien auch die Interessenvertretung im Betriebe vor sich gehen soll, und nach Kritisierung der allgemeinen Gesinnungslumperei zogen es alle erschienenen Kandidaten dieser Richtung vor, sich durch Stillschweigen ihren Wählern zu empfehlen.

Kollegen und Kolleginnen! Die Zustände in eurem Betriebe können nur durch einheitlich freigewerkschaftlichen Zusammenschluß geändert werden. Schüttelt euch deshalb Leute vom Halse, die nicht in die Reihen überzeugter Arbeiter gehören und gebt am 8. Februar eure Stimme der Liste I, der freien Gewerkschaften!

Der wiedererstandene Phönix.

Hörde, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Wiederinbetriebnahme der am 27. bezw. 28. Januar 1926 stillgelegten Abteilungen des Hörder Vereins (Phönix), und zwar das Thomas-Werk, Blockwalzwerk und Martins-Werk, ist am Donnerstag erfolgt. In den nächsten Tagen ist auch die Wiederaufnahme der Arbeit im Feinwalzwerk zu erwarten. Das Stahlwalzwerk bleibt bis auf weiteres außer Betrieb.

SPD.-Holzarbeiter, Bez. Wedding, Gesundbrunnen, Moabit! Sonntag vormittag 10 Uhr bei Ulrich, Walpisquet-, Ecke Utrechter Straße, wichtige Zusammenkunft aller Genossen.

SPD.-Holzarbeiter, Bez. Schöneberg, Wilmersdorf! Sonntag vormittag 10 Uhr im Lokal Schöneberg, Apostel-Paulus-Str. 27, Zusammenkunft aller Parteigenossen.

Der Werbeausschuß.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

WEISSE WOCHE

Wir bringen in dieser Woche Weisse Waren aller Art
welche z. T. eigens für diesen Zweck aufgestapelt

Verkauf nur soweit Vorrat

zu enorm billigen Preisen zum Verkauf

Mengenabgabe vorbehalten

Wäschestoffe

Louisiana-tuch ca. 80 cm breit, Meter 85 Pf. — ca. 160 cm breit, Mtr. 1.45
Dimiti ca. 80 cm breit .... Meter 1.45 — ca. 160 cm breit, Meter 2.45
Züchen ca. 80 cm breit .... Meter 85 Pf. — ca. 160 cm breit, Mtr. 1.45

Bettwäsche

Kopfkissen-Bezüge Linon, ca. 80/80 cm 2.10 1.65 1.15
Deckbett-Bezüge Linon, ca. 130/200 cm 9.50 7.75 6.45
Bettlaken ca. 130/210 cm 2.95 3.95

Hauswäsche

Küchen-Handtücher prima halbleinenes Drellgewebe, mit roter Kante, ca. 48/100 cm, gesäumt u. gebändert, Stück 1.10
Tischtücher vollweiss gebleicht, seidenglänz. Damastmuster ...... ca. 130/160 cm 4.90 — Servietten dazu passend, ca. 60 × 60 95 Pf.
Tischtücher reinleinener Damast, vollweiss gebleicht, prima Qualität .. ca. 160/160 cm 9.50

Taschentücher

Kinder-Tuch weiss Batist, mit farbiger Kordelkante und farbig gesticktem Buchstaben ...... ½ Dtz. 1.10
Damen-Tuch weiss Batist, mit Hohlsaum und gesticktem Buchstaben .. ½ Dtz. 2.45
Herren-Tuch weiss Linon, mit gesticktem Buchstaben, gute Qualität, ½ Dtz. 2.95

Weisswaren

Wäsche-Stickereien ca. 5 cm breit, gute Qualität, verschiedene Muster .... Coupon ca. 4½ Meter 1.40
Spitzenschal Kunstseide, mit Franse 1.90
Obergarn 1000 Meter, 4fach, gute Qualität .. Rolle 50 Pf.

Damen-Wäsche

Trägerhemden gut. Hemdentuch, breite Stickerei, reich garniert 1.95
Garnitur Hemd u. Beinkleid, aus gutem Wäschestoff, mit schönem Stickereiansatz und Stickereiträgern 4.75
Strumpfhalter-Gürtel aus gutem Drell, mit 2 Paar Haltern 1.10

Herren-Wäsche

Oberhemd Perkal, m. gefütterter Brust und Kragen, in schönen Streifen 4.90
Oberhemd weiss, Pikee-einsatz, steife od. Klappmanschetten od. Damaststreif.-Eins., m. Klappmansch. 5.90
Nachthemd aus gutem Wäschestoff, farbig gepaspelt, mit Kragen oder Geishaform 4.50

Gardinen

Etamin-Halbstores mit Einsätzen und Volant .... Stück 1.50
Tupfenmull ca. 115 cm breit .... Meter 1.25
Pa. Wachstuch Marmormust. Barch., „Marke Schumann“, ca. 100 cm br., Mtr. 2.25

HERMANN TIETZ

Welchen Beruf für mein Kind?

Eignungsprüfung zum Mechaniker.

Welchen Beruf soll mein Kind ergreifen? Diese Frage markiert in den letzten Wochen vor der Schulentlassung gar viele besorgte Eltern. Es ist auch zweifellos schwer, bei der herrschenden wirtschaftlichen Krise, die fast in jede Familie ihre Schatten wirft, zu einer sicheren Beantwortung dieser schwierigen Frage zu kommen.

Fürs Leben.

Viele Eltern hegen den Wunsch, ihr Kind möglichst einem solchen Berufe zuzuführen, für den es Lust und Liebe und auch Befähigung hat, müssen es aber bei diesem Wunsch bewenden lassen, weil zu seiner Verwirklichung die finanziellen Mittel fehlen. **Unzählige Eltern gibt es aber noch, die die Berufswahl völlig dem Berufswunsch des Kindes und vor allem dem Zufall überlassen,** ungeachtet der Eignung des Kindes und den Aussichten des gewünschten und oft ergriffenen Berufes. Der verderblichen **Folgen einer verfehlten Berufswahl** sind sich die so unüberlegt handelnden Eltern gar nicht bewußt, sie betrachten es vielmehr als eine große Undankbarkeit, wenn ihnen die Kinder später bittere Vorwürfe machen, daß sie ihren Beruf nur mit Widerwillen ausüben, weil sie seinen Anforderungen nicht gewachsen sind.

Es wird leider von den meisten Eltern noch verkannt, daß der Beruf nicht nur Erwerbsmöglichkeit, sondern in weit höherem Maße **Lebenszweck und Lebensinhalt** sein soll. Von den Eltern kann aber auch billigerweise nicht verlangt werden, daß sie alle die Dinge gegeneinander abwägen können, die für die Berufswahl eine ausschlaggebende Rolle spielen. Ein leider noch viel zu wenig bekannter und beachteter Ratgeber für Eltern sowohl wie auch für die, die ins Berufsleben treten wollen, sind die **Berufsberatungsstellen.**

Bei der großen Unkenntnis, die über diese Einrichtungen besteht, erscheint es angebracht, gerade jetzt wegen der bevorstehenden Schulentlassungen auf das Wesen und die Tätigkeit dieser Stellen aufmerksam zu machen. Gibt es doch viele Eltern, die von ihrem Bestehen gar keine Ahnung haben oder aber ihren Wert völlig verkennen.

Die Beratungsstellen.

Beratungsstellen sind den sechs Berufsämtern angegliedert und so über Berlin verteilt, daß in jedem Verwaltungsbezirk eine Beratungsstelle gelegen ist. Ihre Haupttätigkeit kann man etwa wie folgt einteilen: In die **Vorbereitung** der Berufswahl die **Rat- und Auskunfterteilung** und die **Vermittelung geeigneter Lehrstellen.**

Schon ungefähr fünf Monate vor den Schulentlassungen gehen die Berufsberater in die Schulen und machen die Kinder im Rahmen des Unterrichts auf die Bedeutung der Berufswahl wie auch der Beratungsstellen aufmerksam. Zugleich oder auch schon früher werden an die Schulleiter die sogenannten **Schulfragebogen** versandt, in die der Schüler oder die Schülerin seine und der Eltern Personalien und seinen **Berufswunsch** einträgt. Ebenso werden auf dem Bogen **Bemerkungen des Schularztes** über die Körperentwicklung und den Gesundheitszustand des Kindes sowie das Urteil des Lehrers oder Schulleiters über die Charakteristik des Schülers eingetragen. Diese an die Beratungsstellen zurückgesandten Bogen werden in eine Kartei eingeordnet und wieder benutzt, wenn der Schüler zur Beratung erscheint.

Kommt nun der Berufsanwärter zur Beratungsstelle, dann hat der Berufsberater seine schwierigste und verantwortungsvollste Aufgabe zu erfüllen. Durch eine ungezwungene Unterhaltung mit dem Ratsuchenden, die Beobachtung seines Auftretens und etwaiger körperlicher Fehler und Mängel im Vergleich mit den Schulzeugnissen und dem Schulfragebogen ist der erfahrene Berufsberater meist imstande, die Berufseignung des Kindes festzustellen. In besonders zweifelhaften Fällen, in denen es dem Berufsberater nicht möglich wird, ein sicheres Urteil zu fällen, überweist er den Prüfling zur **psychotechnischen Eignungsprüfung an das Landesberufsamt.** Diese Prüfung, die an besonders für diesen Zweck und auf Grund psychotechnischer Forschungsergebnisse gebauten Apparaten vorgenommen wird, findet unter der umsichtigen Leitung von Fachpsychologen statt. Durch diese Prüfung ist mit ziemlicher Sicherheit festzustellen, ob der Prüfling mehr zur handwerksmäßigen oder geistigen Arbeit neigt und wie auch sein Arbeitstypus ist.

Die Prüfungen.

Diese psychotechnischen Eignungsprüfungen sind etwa keine Spielereien, wie auch die durch sie gewonnenen Gutachten keine aus der Luft gegriffenen Kombinationen sind. Durch ein enges Zusammenwirken der Prüfungsstelle mit den Lehrherren, bei denen die Geprüften untergebracht wurden, ist die Richtigkeit der Gutachten über die Berufseignung bestätigt worden. Der Kreis derer, die zu dieser Prüfung kommen, ist heute leider noch sehr begrenzt, da die Räumlichkeiten wie auch die Apparate und Fachleute nicht so zur Verfügung stehen, wie es wünschenswert und notwendig wäre. Aus diesen Gründen ist **die Prüfung zurzeit beschränkt auf Anwärter für besonders qualifizierte Berufe,** wie Uhrmacher, Optiker, Fein- und Elektromechaniker, Werkzeugmacher und dergleichen, oder auf solche Ratsuchenden, über die sich der Berufsberater kein klares Urteil bilden konnte, oder schließlich auf solche Berufsanwärter, die bei einer Firma lernen wollen, die einer Organisation oder Innung angehört, die ein besonderes Abkommen mit der Prüfstelle abgeschlossen hat. In letzterem Falle hat die Prüfung meist nur den Zweck, unter den Bewerbern die geeignetsten auszusuchen.

Das von der Prüfungsstelle zusammengestellte Gutachten geht sodann an die zuständige Beratungsstelle zurück. Hat nun der Berufsberater auf Grund seiner eigenen Beobachtung in Verbindung mit dem ärztlichen und eventuell psychotechnischen Gutachten die gewonnenen Einzelheiten zu einem abschließenden Urteil geformt, so schlägt er dem Ratsuchenden den für ihn geeignetsten Beruf vor. Er wird bei dem kleinen Lebensstürmer auf keinen Widerstand stoßen, wenn Berufswunsch und -eignung übereinstimmen, was in den meisten Fällen leider nicht zutrifft. Die wenigsten haben überhaupt eine Vorstellung von dem Wesen und besonders

den Anforderungen des Berufes,

den sie gern ergreifen möchten. Da will der eine gern Mechaniker werden, weil es sein Freund auch lernt und es auch ein „feiner" Beruf ist. Ein anderer möchte gern Autoschlosser lernen, um einmal viel Auto fahren zu können oder um zu Ford nach Amerika zu gehen usw. **Ueberhaupt drängt alles nach den sogenannten Modeberufen, die schon völlig überlaufen sind,** wie Mechaniker, Autoschlosser, Werkzeugmacher und dergleichen. Es ist in solchen Fällen für den Berater nicht leicht, die Jugendträume zerstören zu müssen und das Interesse für einen Beruf zu erwecken, zu dem der Ratsuchende geeignet und in dem ihm auch Beschäftigungsmöglichkeit und Fortkommen nach beendeter Lehre gesichert ist.

Mit dem Vorschlag des geeigneten Berufes ist nun die Beratung keineswegs erschöpft, es soll auch **eine Lehrstelle beschafft** werden, die in beruflicher, sittlicher und gesundheitlicher Beziehung einwandfrei ist. Da nun ein Zwang zur Meldung offener Lehrstellen für die Unternehmer und Handwerksmeister nicht besteht, versuchen die Berufsämter durch eine rege Werbetätigkeit bei den Innungen und dergleichen, diese Stellen zur Anmeldung der benötigten Lehrlinge zu bewegen. In den ersten Jahren des Bestehens der Berufsämter sind die offenen Lehrstellen nur sehr spärlich angemeldet worden, was heute nur noch bedingt zutrifft, da die Lehrherren mit den vermittelten Lehrlingen überaus zufrieden waren.

Ist endlich der Berufsanwärter in eine Lehrstelle untergebracht

---

Onkel Moses.

8]

Roman von Schalom Asch.

Das nächste Kind, Stella, war ganz anders als Zilli — immer erschrocken und verschüchtert. Kam ein Fremder ins Zimmer, so versteckte sie sich in einem Winkel und weinte. Der ewige Streit zwischen Vater und Mutter, in dem Stella aufwuchs, hatte in ihr solche Furcht vor Menschen hervorgerufen, daß sie bei Nacht im Schlafe weinte, entsetzt über furchtbare Träume, die sie überfielen. Seit der Vater vom Hause weggewesen war, hatte Stella überhaupt Furcht gehabt, zu schlafen. Sie war gewöhnt, ihren kleinen Körper an des Vaters starke Brust zu schmiegen und sich dadurch sicher zu fühlen; und nun suchte sie des Nachts den Vater im Bette. Heute schlief sie zum ersten Male, seit der Vater fortgewesen war, ruhig ein.

Aaron spürte die zwei atmenden Kinderleiber, die sich an ihn schmiegten und drückten, als hielten sie sich am Vater an, wollten ihn nicht fortlassen und baten ihn, sich für sie wieder in das Joch spannen zu lassen, das er von sich abgeworfen hatte. . . .

Sich wieder ins Joch einspannen lassen wollte Aaron Melnik nicht. Er erinnerte sich der Jahre, da er in der Bowerystraße gesessen hatte, aller Hoffnungen und Träume, die er er damals gewebt hatte, aus der Bowery fortzukommen, es selbst zu etwas zu bringen und selbständig zu werden. Alle diese Hoffnungen nähte er mit seiner Nadel in die Hosen, welche er auf der Maschine anfertigte . . . und mit einem Male hatte er in sich die Kraft gefunden, sich loszureißen, diesem Leben ein Ende zu machen und etwas Neues zu suchen. Und jetzt wieder zurückgehen, zurück in die Bowery, ohne die geringste Hoffnung, es würde einmal anders werden, und wenn auch nur für kurze Zeit? Sich selbst fürs ganze Leben begraben, ohne Hoffnung auf ein besseres Leben? . . .

Die Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit quälte und drückte ihn bei Nacht wie ein Alp. Er sah einen furchtbaren Traum, so schrecklich, daß er im Schlafe anfing zu weinen und zu stöhnen. Doch das war kein gutes, menschliches Weinen mehr, sondern das Klagen eines Tieres. Aaron schrie im Schlaf, als quälten ihn böse Geister. Mascha rüttelte ihn aus dem Schlaf; er erwachte:

„Ha, was, Mascha?"

„Was fehlt dir, Vater? Warum schreist du?"

„Wer, ich? Gar nichts. Warum bist du aufgestanden?"

„Du hast so schrecklich gestöhnt, als täte dir jemand ein Leid an."

„Gar nichts. Komm zu mir ins Bett. Es ist kalt . . ."

Die Kinder schliefen bei den Eltern. Die kleineren bei der Mutter, die größeren bei dem Vater. Die einzige, welche allein schlief, auf drei Stühlen gebettet, war Mascha, die Aelteste. Nur wenn es ihr in der Nacht kalt wurde, kroch sie zum Vater ins Bett. Sie war erfreut über die Einladung des Vaters. Aaron und Mascha schoben die beiden kleineren Mädchen ein wenig zur Seite.

Als Mascha sich ins Bett legte, begann der Vater unvermittelt:

„Mascha, du bist doch mein kluges Mädchen, hör' mich an. Willst du, daß dein Vater ewig als Sklave bei der Nähmaschine dienen soll, bei Onkel Moses, und daß wir ewig in Armut leben? Du verstehst doch, bist doch mein kluges Mädel — wenn ich wieder Arbeit annehme, dann muß ich ewig bei der Maschine bleiben, ein unglücklicher Arbeiter sein, ohne Hoffnung, etwas Besseres zu werden, und ihr alle, du und die kleinen Kinder, ihr werdet gar nicht richtig groß werden, denn ihr werdet noch vorher auf Arbeit gehen müssen. Willst du das? Ja?"

„Das ist doch einmal unser Los. Wir sind Kinder eines armen Vaters, und so werden wir auch arbeiten. Was soll man da tun?"

„Hätte ich nur Zeit, ein paar Monate Zeit, mich um etwas anderes umzusehen. Und hätte ich nur ein wenig Geld, ein klein wenig Geld, etwas anderes anzufangen. Da ist erst kürzlich ein Mann von unserer Stadt hergekommen, und der hat um keinen Preis in die Werkstätte des Onkel Moses wollen. „Lieber auf der Straße sterben als arbeiten," hat er gesagt. Und irgendwoher hat er sich ein Geld verschafft, gibt Gold- und Silberwaren auf Raten, und so hat er ein eigenes Geschäft. Wenn ihr mich nur ein bißchen in Ruhe lassen wolltet, nur Atem schöpfen!"

Das junge Mädchen dachte ein wenig nach — sie schaute den Vater an; im schwachen Schein des Gaslichts, das die ganze Nacht brannte, sah sie des Vaters rote Augen, und sie hatte Mitleid mit ihm. Nachdenklich sprach sie:

„Und was wäre, wenn du ein wenig Geld hättest?"

„Da würde ich etwas einkaufen und hausieren gehen. Ich würde Gold- und Silberwaren auf Raten geben, ich würde Lebensmittel in die Häuser bringen, aber in das Gefängnis auf der Bowery würde ich nicht zurückkehren."

„Und wieviel brauchst du?"

„Hundert Dollar, mein Kind, hundert Dollar. Woher die nehmen?"

„Onkel Moses könnte sie dir leihen, wenn er will?"

„Wenn er will — gewiß. Aber was nützt das alles. Unnützes Gerede. Ich werde wieder irgendwo auf Arbeit gehen; ich werde . . . Sie muß noch ein bißchen Geduld haben — Aaron deutete auf seine Frau —, bis ich Arbeit bekomme. Zum Onkel Moses kann ich doch nicht gehen, er nimmt mich doch nicht zurück."

„Du hast doch gesagt, du hast schon eine Stelle — Onkel Berl hat dir eine verschafft!"

„Das war eine Lüge. Ich wollte euch nicht die Freude verderben. Wo habe ich denn eine Stelle? Zum Onkel Moses darf ich doch nicht zurückkehren. Ich habe ihn doch beschimpft. Ich werde nicht arbeiten gehen. Schaut, wie ihr euch ohne mir helfet. Denkt, ich wäre gestorben, begraben, nicht mehr hier. . . ."

Mascha schwieg. In ihrem Köpfchen arbeitete ein Gedanke. Sie sann nach, auf welche Weise dem Vater hundert Dollar zu beschaffen wären, damit er sein Glück versuchen könne. Einen einzigen Weg gab es, den Weg zu Onkel Moses. Mascha hatte Onkel Moses noch nie gesehen, aber sie war überzeugt, wenn sie ihn sähe, würde sie bestimmt das Geld von ihm bekommen, das sie für den Vater brauchte. Und ihr Entschluß war gefaßt.

Während dieser Erwägungen forderte Maschas zarter Körper im Bette Platz für sich. Mädchenfüßchen stießen aneinander und stießen dann gegeneinander, bis alle Schwestern wach waren. Als sie zu ihrer Freude bemerkten, daß Mascha zu ihnen ins Bett gekommen war, hatten sie keine Lust mehr, zu schlafen. Die Schwestern begannen, zu spielen, einander zu necken, zu stoßen, zu kitzeln und zu lachen. Mascha vergaß die großen Pläne, die sie entworfen hatte, um dem Vater hundert Dollar zu besorgen, die er nötig hatte, um das neue, „große, glückliche Leben" zu beginnen — und beteiligte sich an dem Stoßen und Schlagen mit ihrer ganzen kindlichen Lebhaftigkeit. Die Schwestern begannen im Bette umherzukriechen und benutzten dabei den Vater als Leiter, auf welcher sie auf- und ab stiegen. Aaron vergaß darüber seinen Kummer. Er hatte ein angenehmes Gefühl, da die kühlen Kinderkörper seinen Leib berührten. Er begann mit den Kindern zu spielen, haschte eines ums andere und zählte ihnen auf die Stelle, die für Streiche am geeignetsten ist, so viel sanfte Hiebe auf, wieviel sie Jahre zählten. Das machte den Kindern Spaß, und ihr freudiges Lachen weckte die anderen auf, die bei der Mutter schliefen. Eine Völkerwanderung begann von Vaters zu Mutters Bett und umgekehrt; das dauerte so lange, bis ein Schatten auf die Freude fiel — bis die Mutter erwachte.

(Fortsetzung folgt.)

worden, so ist die Tätigkeit des Berufsberaters zunächst abgeschlossen. Tritt aber später irgendeine Meinungsverschiedenheit auf zwischen Lehrling und Lehrherrn, wird der Berufsberater stets vermittelnd eingreifen.

*

Durch diese Darstellung ist das Wesen der Berufsberatungsstellen nur in groben Umrissen skizziert worden. Den viel feineren Zusammenhang und wahren Wert der Berufsberatung kann nur der kennen und schätzen lernen, der sich dieser Einrichtung bedient. Es dürfte wohl der Hinweis genügen, daß sich alle Eltern dieser Stellen, die auch von den Gewerkschaften gefördert worden sind, bedienen müßten. Sie können dann mit ruhigem Gewissen sagen, daß sie nichts unversucht gelassen haben, ihr Kind auf den richtigen Platz im Leben gestellt zu haben.

„Kein Risiko, umsonst zu zahlen."

Wenn man „billig" kaufen will.

Eine „Aka-G. m. b. H." in Berlin (Alexandrinenstr. 26) hat durch ihre Art des Vertriebes von Fahrrädern und Nähmaschinen berechtigtes Aufsehen erregt. Sie bietet Fahrräder für 128 M. und Nähmaschinen für 148 M. an und gestattet Abzahlung in vier Monatsraten. Bei Abzahlung ist die Ware erst nach der zweiten Rate zu liefern, und sie bleibt Eigentum der Aka bis zur Zahlung der letzten Rate. Ist der Käufer mit der Zahlung einer Rate im Rückstand, so hat die Aka, ohne daß es einer Fristsetzung bedarf, alle Rechte auf „Schadenersatz" usw. Auch werden dann alle restlichen Ratenzahlungen sofort fällig. Bei der Bestellung sind als Anzahlung 8 M. dem werbenden Vertreter der Firma zu geben, 32 M. werden als erste Rate durch Nachnahme erhoben und danach ist in Abständen von je vier Wochen der Rest in drei Raten zu zahlen. Es gibt aber bei der Aka für ihre Kunden auch eine Möglichkeit, auf andere Weise zu Fahrrädern und Nähmaschinen zu kommen.

Ein Kauflustiger kann selber für die Aka als ihr Vertreter arbeiten, indem er andere Kunden für sie wirbt. Sie zahlt ihm bei jedem Kauf, den ein von ihm Geworbener macht, eine Provision. Oder vielmehr: sie schreibt dem werbenden Vertreter die Provision gut und zahlt nachher in Ware. Wer viel Kunden wirbt, kann — denkt wohl mancher — sich ein ganzes Warenlager verdienen, das er dann zu Gelde machen darf. Mit barem Geld wird der Kundenwerber nur von dem geworbenen Kunden bezahlt, nämlich mit den 8 M., die er als Anzahlung gibt. Aber auch diese 8 M. sind nur Ersatz für ausgelegtes Bargeld des Werbers, denn er hat ja zunächst selber in die Tasche greifen und zahlen müssen. Das Verfahren wird in der Entscheidung eines Gerichts, das es zu prüfen hatte, so geschildert: „Der Kunde muß zunächst 8 M. anzahlen, darauf erhält er vier Bestellscheine gegen Nachnahme von 32 M. zugesandt. Diese Bestellscheine muß er nun wieder für je 8 M. pro Stück veräußern. Die betreffenden Käufer müssen dann wieder je vier Bestellscheine von der Aka für 32 M. kaufen, die sie wiederum weiter vertreiben müssen usw. Der erste Kunde erhält dann ein Fahrrad oder eine Nähmaschine, wenn die zweite Reihe Käufer, die von ihm gekauft hat, ihrerseits vier Bestellscheine (eine Serie) von der Aka mit 32 M. gekauft hat. Die zweite Reihe der Käufer der Bestellscheine erhält dann wiederum ein Fahrrad, wenn die dritte Reihe der Käufer eine Serie von vier Bestellscheinen bezogen hat usw." Es ist leicht, sich auszumalen, wie die Zahl der Kunden, die für die Aka geworben werden müssen, einer Lawine gleich anwächst, wenn jeder neue Kunde immer wieder mit derselben „Schläue" sein Fahrrad oder seine Nähmaschine aus der Tasche anderer Leute zu bezahlen versucht. Ein Kunde wirbt vier neue, vier müssen 16 neue suchen, diese 16 müssen schon 64 neue auftreiben, diese 64 müssen 256 neue heranschleifen, diese 256 müssen 1024 neue zu einer Bestellung pressen — und so weiter bis ins Endlose. Von allen aber verlangt die Aka ihre ersten 32 M., und sie kann bei Zahlungsverzögerung sich auf die Vereinbarung sofortiger Zahlung des ganzen Kaufpreises berufen. Wie oft es tatsächlich nicht nach Wunsch klappt, zeigen die Zahlungsbefehle, mit denen die Aka gegen Säumige vorgeht, und die Gerichtsverhandlungen, in denen sie Verurteilung der Schuldner fordert.

Der Reichsverband deutscher Mechaniker sieht in dem geschilderten Verfahren der Aka unlauteren Wettbewerb. Er hat versucht, es ihr durch einstweilige Gerichtsverfügung untersagen zu lassen, aber das Landgericht Frankfurt a. M. hat den Antrag zurückgewiesen. Auch die Göttinger Mechaniker-Innung ist vom Gericht belehrt worden, daß gegen die Aka nichts zu machen sei. Zu der Frage, ob es sich um eine verbotene Ausspielung handelt, hat das Landgericht Göttingen ausgeführt, daß es nicht vom Zufall abhängt, ob jemand bei der Aka ein Fahrrad erwirbt, sondern nur davon, ob er den Kaufpreis bezahlt. Die Zahlung könne allerdings so erfolgen, daß der Käufer durch Werbung neuer Käufer sich eine Provision verdient und sie auf den Kaufpreis anrechnen läßt. Dabei drohe ihm aber kein Risiko, in Erwartung eines Fahrradgewinnes umsonst zu zahlen. Die Aka hat Abschriften der Gerichtsentscheidungen durch Druck vervielfältigen lassen und sie Beschwerdeführern übersandt. Aber für einen Kunden, der plötzlich selber den ganzen Kaufpreis zahlen soll, ist es gleichgültig, wie ein Gericht die Vertriebsweise der Aka nennen will und ob es sie gegen die Konkurrenz schützt oder nicht. Wie Hohn muß der enttäuschte Kunde es empfinden, daß ihm kein Risiko drohe, umsonst zu zahlen. Umsonst braucht er nicht gezahlt zu haben, wenn er bei Mißlingen seiner Versuche, die vollen Kosten des Fahrrades oder der Nähmaschine durch Kundenwerbung und Provision rechtzeitig zu decken, den fehlenden Betrag aus der eigenen Tasche draufzahlt. Umsonst hat er dann nur seine Mühe gehabt, und vergeblich hat er gehofft, durch Werbearbeit für die Aka „billig" zu einem Fahrrad oder einer Nähmaschine zu kommen. Nun, wer hat Lust zu solchem Geschäft?

Die Doppelehe eines Greises.

Hoch in den Sechzigern war der Kellner Albert Genzel, als er nochmals in das Joch der Ehe ging. Seine Auserkorene war genau ein Drittel so alt als er. Die Ehe zwischen dem altersungleichen Paare verlief sehr unglücklich, so daß die junge Frau sich bald Ersatz suchte und schließlich, um von ihm loszukommen, da er auch für sie und ihr Kind schlecht sorgte, sich selbst des Ehebruchs bezichtigte. Die Ehe war schon längst wieder geschieden, als sich herausstellte, daß der nunmehr bereits über 70 Jahre alt gewordene Genzel noch eine Frau und vier Kinder in Irland hatte. Dort hatte er im Jahre 1879 geheiratet, seine Familie aber verlassen und war lange Zeit vor dem Kriege nach Deutschland zurückgekehrt. Es waren aber noch von der Frau während der zweiten Ehe wiederholt Briefe an ihn gekommen, wenigstens behaupteten das Zeugen, während er selbst es in Abrede stellte und die Briefe erst in den beiden letzten Jahren erhalten haben wollte. Vor dem Standesamt hatte er sich als ledig bezeichnet, als er zum zweiten Male heiratete. Seinen Bekannten und auch der zweiten Frau hatte er erzählt, daß er Witwer sei, da seine erste Frau in Irland schon zu Beginn des Krieges verstorben wäre. Die zweite Ehe hatte er unbekümmert darum, daß die erste Frau noch lebte, 1919 geschlossen. Nachdem sich Folgen des Liebesverhältnisses mit der 32jährigen Stepperin eingestellt hatten und diese nun auf Heirat drängte. Zur Entschuldigung konnte der Angeklagte nur anführen, daß er geglaubt habe, seine Frau sei tot, da er seit Kriegsbeginn von ihr keine Nachricht mehr erhalten habe. Als die ersten Briefe wieder ankamen, war die zweite Ehe schon geschieden gewesen. Das Schöffengericht Mitte glaubte dem Angeklagten nicht, daß er seine erste Frau für tot gehalten habe, sondern hielt ihn der Bigamie für schuldig. Mit Rücksicht aber auf sein hohes Alter erkannte es auf die Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis und gab ihm hierfür auch noch Bewährungsfrist.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 6. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

3.45 Uhr nachm.: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Spiel und Sport. Kurt Doerry: „Spiele auf dem Eise". **4.30 Uhr** nachm.: Wilhelm Schmidtbonn (Zum 50. Geburtstage des Dichters): „Die Flucht zu den Hilflosen". Gesprochen von Friedrich Kayßler. **5—6 Uhr** nachm.: Lustige Stunde. **6.45 Uhr** abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Sprachunterricht. Esperanto (Direktor Julius Glück). **7.15 Uhr** abends: Personenverzeichnis und Inhaltsangabe zu der Uebertragung aus der Staatsoper. **7.30 Uhr** abends: Uebertragung aus der Staatsoper. Spielzeit 1925/26. 18. Uebertragung. „Der Evangelimann", musikalisches Schauspiel in zwei Aufzügen. Dichtung und Musik von W. Kienzl. Friedrich Engel, Justiziär im Kloster St. Othmar; Maria, dessen Nichte und Mündel; Magdalena, deren Freundin; Johannes Freudhofer, Schullehrer zu St. Othmar; Matthias Freudhofer, dessen jüngerer Bruder, Aktuarius im Kloster; Xaver Zitterbart, Schneider; Anton Schnappauf, Büchsenmacher; Aibler, ein älterer Bürger; dessen Frau; Frau Huber; Hans, ein junger Bauernbursch. Ein alter Leiermann, Benediktiner, Bürger, Bauern, Knechte, Kinder. Zeit: Das 19. Jahrhundert. Ort der Handlung: Der erste Aufzug im Benediktinerkloster St. Othmarin, Niederösterreich (1820), der zweite Aufzug in Wien (1850). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitansage. Wetterdienst. Sportnachrichten. Theater- und Filmdienst. **10.30 bis 12 Uhr abends**: Tanzmusik (Funktanzkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Szpanowski).

Königswusterhausen, Sonnabend, den 6. Februar.

3—3.30 Uhr nachm.: Professor Dr. Amsel: Einheitskurzschrift. **3.30—4 Uhr** nachm.: Prof. Dr. Amsel: Einheitskurzschrift. **4 bis 4.30 Uhr** nachm.: C. M. Alfieri und Frl. G. van Eyseren: Spanisch für Anfänger. **4.30—5 Uhr** nachm.: Frl. Rechtsanwalt Dr. Behrend bzw. Frau Dr. A. Zahn-Harnack: Die Frau als Bürgerin.

Eine Verschmähte.

Der Liebestraum einer Krankenschwester.

Unter ungeheurem Andrang der Neuköllner Bevölkerung fand gestern vormittag vor dem dortigen erweiterten Schöffengericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Löring die Verhandlung gegen die Krankenschwester Josefa E. statt. Die Angeklagte soll gegen einen Neuköllner Arzt ein Revolverattentat versucht haben. Da die Tat nicht zur Ausführung kam, lautet die vom Staatsanwaltschaftsrat Hermann vertretene Anklage jedoch nur auf Nötigung durch Bedrohung mit dem Verbrechen des Totschlages. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Die schwere Anklage stellte sich als die Tat einer vermeintlich Verschmähten dar. Die Krankenschwester hatte den jungen Arzt, als dieser Volontärarzt war, in der Charité kennengelernt und war mit ihm in Beziehungen getreten. Die Angeklagte ist eine sehr stark nervöse Person und steht jetzt im 30. Lebensjahr. Die Beziehungen zu dem Arzt begannen schon im Jahre 1921. Nachdem sie von der Station weggekommen war, habe sie Dr. K. zufällig wieder auf der Straße getroffen und er habe sie genötigt, ihm in seiner Wohnung in der Sprechstunde zu besuchen und sich seine Praxis anzusehen. Das habe sie getan, und nach mehrmaligen Besuchen sei es auch zu einem intimeren Verhältnis gekommen. Dr. K. habe ihr dabei versichert, wenn ihr etwas passierte, sei er genügend Ehrenmann. Bald stellten sich Folgen ein und auf Veranlassung des Dr. K. sei sie zu einem anderen Arzt Dr. B. gegangen, der sie behandelt habe. Schließlich sei eine Fehlgeburt gekommen. Dr. K. habe alle Kosten bezahlt. Nachher haben sie weiter, aber nur freundschaftlich, sowohl in seiner möblierten Wohnung, als auch in der Wohnung seiner Eltern verkehrt. Es kam dabei mehrfach zu Zerwürfnissen wegen ihrer Krankheit, denn sie habe gemeint, daß Dr. K. zu wenig für sie tue. Er wollte, daß sie in Kassenbehandlung gehe, während sie das nicht wollte, da es sich um eine selbstverschuldete Krankheit handelte. Eine Ehe habe er ihr direkt nicht versprochen, dazu war er zu diplomatisch. Er habe aber wiederholt Aeußerungen getan, aus denen sie das Eheversprechen gefolgert habe. Im August 1922 kam dann ein sonderbarer Vertrag zustande, in dem beide sich verpflichteten, die freundschaftlichen Beziehungen zu lösen, und den Briefwechsel auszuhändigen. In dem Vertrage heißt es, daß die E. anerkennt, daß die Behandlung durch Dr. B. eine sachgemäße gewesen sei und daß sie auf Ansprüche jeder Art verzichte. Später sprach D. K. davon, daß er sich mit einer anderen verheiraten wolle, was die Angeklagte aber nicht ernst nahm. Als sie die Wahrheit erfuhr, kaufte sie sich einen Revolver, um sich vor den Augen des Geliebten zu erschießen. Sie holte dann zwar vor den Augen des Arztes die Waffe hervor, schoß aber nicht.

Das Gericht kam aus rechtlichen Gründen zu einer Freisprechung der Angeklagten von der Anklage der Nötigung. Die moralische Schuld habe das Gericht nicht zu beurteilen. Wegen des unerlaubten Waffenbesitzes mußte die Angeklagte verurteilt werden; die Strafe wurde aber gering bemessen und auf 20 M. festgesetzt. Die Angeklagte nahm das Urteil sofort an.

August Schmidts Bestattung.

Der Stadtverordnete Stadtjugendpfleger Genosse August Schmidt in Reinickendorf, den ein früher Tod aus seiner Arbeit gerissen hat, wurde gestern in der Gerichtstraße bestattet. An der Trauerfeier beteiligte sich ein sehr großer Kreis von Freunden und Genossen des Verstorbenen und von Mitgliedern der Gemeindeverwaltung. Der Magistrat war durch die Stadträte Schüning und Brühl vertreten, das Bezirksamt hatte mit dem Bürgermeister Reichheim und dem Bürgermeisterstellvertreter Henke sich vollzählig eingefunden, und viele Stadtverordnete und Bezirksverordnete sah man in der Trauergemeinde. Abordnungen der „Reichsbanner"-Organisation mit ihren Fahnen säumten den Weg zur Leichenhalle. Den Sarg bedeckten Kränze der Sozialdemokratischen Partei, gewidmet vom Groß-Berliner Bezirksvorstand, vom Kreis und von der Abteilung, Kränze des „Reichsbanners", der durch Abordnungen vertretenen Jugend, der sozialdemokratischen Stadtverordneten, des Bezirksamtes, der sozialdemokratischen Bezirksverordneten, der Stadtjugendpfleger.

Das Lied „Ein Sohn des Volkes", mit dem ein Arbeiter-Gesangverein die Feier einleitete, paßte so recht auf unseren August Schmidt, der ein Sohn des Volkes war und es blieb bis an seinen Tod. In der Gedächtnisrede zeichnete Bürgermeisterstellvertreter Genosse Henke das Bild dieses Proletariers, der Schlosser geworden war, schon in jungen Jahren seiner Gewerkschaft und der Partei diente und sich bald das Vertrauen der Berufs- und Parteigenossen erwarb. In den Ehrenämtern, die ihm übertragen wurden, zeigte er seine Tüchtigkeit und Pflichttreue, in der Stellung eines Stadtjugendpflegers erwarb er sich die Liebe der Jugend, überall schätzte man in ihm den aufrichtigen und aufrechten Menschen. Er hatte in den Kämpfen und Leiden seiner Klasse sich eine proletarische Weltanschauung erarbeitet, wie sie nur vom Boden des Proletariats aus gewonnen werden kann. Sein Leben führte er so, wie es ein Dichterwort will: „Lebe im Ganzen; wenn Du dahin bist, es bleibt." Abschiedsworte im Auftrage der sozialdemokratischen Stadtverordneten und zugleich des Groß-Berlin Bezirksvorstandes der Partei widmete Genosse Krille dem Verstorbenen. Er gedachte der opferfreudigen Arbeit von August Schmidt für die Partei und hob aus Schmidts Wirksamkeit in der Gemeindeverwaltung seine Bemühungen um die Jugend hervor, für die er auch als Stadtjugendpfleger sich in echter Liebe eingesetzt hat. Schmidts Sorge galt auch den unteren Beamten und den Angestellten der Stadt. Am Sarge sprachen noch Bezirksverordneter Genosse Elpel für die sozialdemokratischen Bezirksverordneten, Genosse Kreutlein für die sozialdemokratische Kreisorganisation, ein Genosse aus der Abteilung, eine Vertreterin der Parteigenossinnen, ein Vertreter der Bezirksangestellten, Vertreter des Reichsbanners.

Für die Freizeit der Jugendlichen.

Eine Kundgebung der Jugendvereine.

Den Kampf um die Freizeit der Jugendlichen, um einen den jugendlichen Arbeitnehmern zu gewährenden Urlaub von jährlich mehreren Wochen, führen jetzt Jugendvereine aller Richtungen gemeinsam. Der vor einigen Jahren zusammengetretene Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, dem Vereinigungen verschiedener Parteien und verschiedener Konfessionen angehören, hat am Donnerstag in Berlin eine Kundgebung für die Freizeit der Jugendlichen veranstaltet. Es handelt sich um das Verlangen einer gesetzlichen Regelung, die den Jugendlichen ihr Recht auf eine Freizeit sichern soll, zum Wohl ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung. An der Kundgebung des Reichsausschusses, der 8½ Millionen Jugendliche der ihm angeschlossenen Verbände vertritt, beteiligten sich auch Vereinigungen des Gesundheitswesens, des Berufsschulwesens, der Wohlfahrtspflege, der sozialen Reform, der Jugendwohlfahrt.

Eine schwere Bluttat.

An zwei Tagen verhandelte das Potsdamer Schwurgericht gegen den 49jährigen optischen Arbeiter Paul Reguschewsky aus Rathenow, der wegen Totschlages angeklagt ist. Der Angeklagte lebte seit Jahren mit der 33jährigen geschiedenen städtischen Desinfektorin Berta Meinhardt im Hause Schützenstr. 2 in Rathenow zusammen. Die Meinhardt, die als äußerst fleißig und tüchtig geschildert wird, wurde im Herbst v. J. von der Krankenkasse nach Wernigerode zur Kur gesandt. Dort lernte sie einen anderen Mann kennen, und nach Rathenow zurückgekehrt, versuchte sie das Verhältnis mit R. zu lösen. In der Nacht vom 8. zum 9. Dezember gegen 2 Uhr früh hörten Hausbewohner gellende Hilfeschreie. Als die Polizei hinzukam, lag die Meinhardt mit durchschnittener Kehle tot am Boden. Reguschewsky hatte sich selbst einen Schnitt am Halse beigebracht. Der Angeklagte gab zu, daß er die Meinhardt mit seinem Taschenmesser in den Hals gestochen habe. Sechs medizinische Sachverständige waren zu dem Prozeß geladen. Die Aerzte bezeichneten den Angeklagten als einen nervösen, leicht reizbaren Menschen. Das Urteil erging wegen Totschlages aus § 212 auf 8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte nahm das Urteil ruhig entgegen, behielt sich aber eine Erklärung vor.

Im Rose-Theater amüsieren die Leute sich über „August den Starken", der eigentlich August Starke heißt und ein ehemaliger Schlächtermeister ist. Mit einem guten, ach so guten Herz, das, wie er selber mehrmals betont, ihm auf dem rechten Fleck sitzt. Mit besagtem Herz und einem anscheinend unerschöpflichen Geldbeutel bekehrt er dann auch seine vornehmen Verwandten, die erst nichts von ihm wissen wollten, und macht sie ebenfalls zu seelen- und herzvollen Menschen, als sie kurz vor der Pleite stehen. Aber da der Schlächtermeister August der Starke sich sehr viel an den lieben Gott und an den deutschen Fleiß, der uns wieder eine neue, bessere Welt schaffen wird, wendet, so ist ja zu hoffen, daß die Bekehrung anhält. Die Zuschauer schienen das zum Schluß auch zu glauben, denn sie klatschten freudig und vergnügt in die Hände.

„Die jüdische Gesellschaft." Der Vorsitzende der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, Herr Kurt Blumenfeld, sprach am Donnerstag abend im Logenhaus in der Kleiststraße über das Thema: „Die jüdische Gesellschaft". In seiner fast zweistündigen soziologischen Studie gab der Redner eine sehr individuell gesehene fesselnde Analyse der Entwicklung des Judentums vom neunzehnten Jahrhundert bis zur Jetztzeit. In kurzen Zügen behandelte er die Assimilation der Juden mit der europäischen Kultur, ihre wirtschaftliche Entwicklung und ihren Einfluß als literarische und künstlerische Potenz, um zum Schluß seinen Anschauungen gemäß zu einer zionistischen Pointe zu kommen. Hier wurde die soziologische Betrachtung zum Gesinnungsprogramm, was stutzen machte.

In der Februarnummer der „Kommunalen Blätter" für Berlin wird das gesamte Berliner Städtebau- und Wohnungsbauwesen kritisch beleuchtet und die Forderung aufgestellt, den Städtebau heute nicht mehr als eine reine Kunstfrage zu betrachten, sondern die organische Zusammenfassung aller die Stadtwirtschaft und Stadtkultur umfassenden Probleme des Wohnens, des Verkehrs, der Produktion, der Erholung, der Kultur usw. zu betreiben. Des weiteren enthält die Nummer Richtlinien für ein Berliner Wohnungsbauprogramm und Vorschläge für eine Neuorganisation der Berliner Bauverwaltung. Am Schluß wird die Stellung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zu dem geplanten Stadtamt für Leibesübungen bekanntgegeben.

Radau im Potsdamer Stadtparlament. Dem kommunistischen Stadtverordneten Elflein wurde in der letzten Sitzung des Potsdamer Stadtparlaments ein Ordnungsruf erteilt, weil er die Mitglieder der Hohenzollern Vagabunden genannt hatte. Gegen diesen Ordnungsruf hatte Elflein Einspruch erhoben. Als er in der heutigen Stadtverordnetensitzung über seine Aeußerung den Wahrheitsbeweis antreten wollte, und zwar unter dem Thema: „Was ist ein Vagabund?", erhob sich ein ohrenbetäubender Lärm im Parlament. Der Skandal übertönte jede Aeußerung, und als Elflein nicht aufhörte, wurde er vom Vorsteher dreimal verwarnt und die Debatte wurde geschlossen. Seine Beschwerde wurde abgelehnt. Abgelehnt wurden auch Dringlichkeitsanträge der Kommunisten, unter allen Umständen Notstandsarbeiten in größerem Maße wie bisher ausführen zu lassen. Auch die Kinder der Erwerbslosen kostenlos mit Milch zu beliefern, wurde abgelehnt. Größere Umzüge von Erwerbslosen zogen am Stadtschloß während der Sitzung vorüber.

Alpendorf im Ulap. Die Leitung des Etablissements Alpendorf im Ulap Veranügungspark, Invalidenst. 63, ersucht um die Bekanntgabe, daß sie als selbständige Pächterin von den Schwierigkeiten bei der Ulap-Akt.-Gesellschaft nicht betroffen ist und ihr Betrieb fortgeführt wird. Der Brandschaden ist bereits wieder behoben.

Ein grausiger Leichenfund wurde Freitag morgen in Hamburg gemacht. Als eine Zeitungsträgerin gegen 5 Uhr morgens einen Torweg passierte, gewahrte sie in einer Nische einen Gegenstand, den sie in der Dunkelheit für einen zusammengekauerten Menschen hielt. Bei näherem Betrachten gewahrte sie, daß es sich um einen Koffer handelte. Als man den Deckel öffnete, befand sich der untere Teil einer weiblichen Leiche darin. Die Kriminalpolizei hat Polizeihunde auf die Spur gesetzt.

Typhusepidemie in Kolberg. Nach einer Meldung aus Kolberg ist dort eine Typhusepidemie ausgebrochen. Das Isoliergebäude des neuen Krankenhauses ist überfüllt. Es soll eine Seuchenbaracke aufgestellt werden. Bisher sind 20 Krankheitsfälle festgestellt worden. Alle Maßnahmen, um ein weiteres Umsichgreifen der Krankheit zu verhindern, sind getroffen.

Amundsen erkrankt. Nach einer Meldung aus Los Angeles (Kalifornien) ist Roald Amundsen, der sich zurzeit dort aufhält, ernstlich erkrankt. Die Aerzte befürchten, daß es sich um eine schwere Lungenentzündung handelte.

Naturheil-Methode Kneipp!

Die weltberühmten Pfarrer

Kneipp-Pillen

das zuverlässige, blutreinigende

Abführmittel

Rheum u. Sepo je 2, Cal. 3, Jalap. 1, Aloe 4,

Zu haben in allen Apotheken Mk. 1.—

Amerikanisches Glück.

Von Katherina Brody.

(Schluß.)

Wenn das Glück auch noch nicht geruhte den Goldvellers irgendwelche Anzeichen für eine nähere Bekanntschaft mit ihm zu gewähren, so spielte es doch hie und da flüchtig mit ihnen. Es schien sie doch als Angehörige seiner alten Garde, die zu einem sozialen Aufstieg ausersehen war, vorgemerkt zu haben; wenn es sie auch noch vernachlässigte, so bewahrte es sie doch vor jedem faux pas.

Mit der Zeit hatte es Goldveller bis zu einem Laden auf dem East Broadway gebracht, in den er und ein Teilhaber den größten Teil ihrer Ersparnisse hineingesteckt hatten. Dieser Teilhaber, namens Levy, war rund und fett und sanft und weich. Er hatte ein dickes, lächelndes Gesicht und ebenmäßige, weiße Zähne. Goldveller hatte ihn sich deshalb ausgesucht, weil er außer einem weit größeren Besitz an Anfangskapital auch noch sehr gute Kenntnisse der englischen Schrift und Sprache besaß.

Es zeigte sich jedoch, daß Levy auch noch andere Fähigkeiten hatte. Kleine Unehrlichkeiten in den Abrechnungen und beim Erwerb von Material und das Verschwinden von kleinen Beträgen aus der Kasse drohten das Geschäft zu ruinieren. Goldveller hatte nicht mehr als zweitausend Dollar eingelegt, sein Teilhaber besaß indessen einen mehr als doppelt so großen Anteil. Doch alles Geld, das Goldveller aus dem Rest seiner Ersparnisse und durch Darlehen hätte zusammenbringen können, würde nicht genügt haben, sich von Levy frei zu kaufen.

Aus Unwissenheit und Furcht wagte es Goldveller nicht, mit schärferen Maßnahmen, deren er sich hätte bedienen können, gegen seinen Teilhaber vorzugehen. Er würde lieber einem Dschungellöwen gegenübergestanden als einen Rechtsanwalt konsultiert haben.

Er alterte und wurde durch die ständige Spannung geschwätzig. Jede Nacht erzählte er seiner Frau und den Kostgängern die Geschichte seines Mißgriffs.

„Was kann man tun, wenn man kein Glück hat?" fragte er gerne, sich gewissermaßen selbst verteidigend, indem er seine riesigen Hände ausbreitete.

Er arbeitete im Schweiße seines Angesichts genau so mühselig und abgehetzt wie einstmals für sein täglich Brot und hatte doch keinen Gewinn von seiner Arbeit. Er sah den baldigen Zusammenbruch des Geschäftes herannahen, der ihm all seine Ersparnisse rauben würde, wenn er sich nicht von Levy befreien konnte, und er fand keinen Weg, sich von Levy zu befreien.

Er besprach die Angelegenheit mit seiner Frau, doch sie war verbittert und ungeduldig.

„Amerikanisches Glück! Da hast du dein amerikanisches Glück, von dem du immer gefaselt hast," pflegte sie zu sagen.

*

Sarah, die Tochter Goldvellers, war nun zehn Jahre alt. Trotzdem sie das einzige Kind war, beachtete der Vater sie kaum, der seine Enttäuschung darüber, daß es nicht ein Sohn war, offen zeigte, und die Mutter fand in ihrer Ueberlastung keine Zeit für Zärtlichkeiten.

Es war kein hübsches Kind, naseweis und bei Gelegenheit verstohlen, wie Kinder aus dem Armeleuteviertel oft sind, gänzlich vernachlässigt und unbeschreiblich angezogen. Hie und da ging sie mal in die Schule. Sie beschimpfte die Kostgänger, und diese verwünschten sie. Sie stand an den Ecken und verhöhnte durch Gesichterschneiden die vorübergehenden Knaben, die sich sofort rächten, indem sie das freche Ding an den Haren zogen, daß es vor Schmerz aufschrie. Sie balgte sich auf der Straße mit ihren besten Freundinnen herum, und wenn sie das Gesicht zerkratzt bekam, so wußte sie, daß es zwecklos gewesen wäre, Trost bei der Mutter zu suchen.

Mrs. Goldveller verhätschelte ihre Tochter ganz gewiß nicht, doch mißhandelte sie sie auch nicht. Sie setzte sie morgens vor die Türe, warf ihr hie und da einen Brocken aus dem Fenster zu und erwartete nicht, sie vor Abend im Hause zu haben; um diese Zeit sprang das Kind dann gewöhnlich vor seinem Vater die Treppe herauf und bettelte kreischend um einen Penny.

Diesen Penny gab ihr Goldveller mechanisch, da er immer an seine eigenen Angelegenheiten dachte und ihr Geschrei ihn störte.

*

Eines Abends, als der Zusammenbruch des Geschäftes sicherer denn je bevorzustehen schien, fiel es Goldveller sogar nicht einmal auf, daß er an der Straßenecke nicht wie immer von Sarahs Geschrei begrüßt wurde.

Gegenüber seinem Wohnhause standen ein Auto und ein Krankenwagen nah beieinander. Er bahnte sich Weg durch einen Haufen Weiber, welche sich kopfnickend und händeringend im Hauseingang zusammendrängten.

„Ah, hier ist endlich Mr. Goldveller," riefen sie in allen Tonarten und stießen ihn vorwärts.

„Was ist los?" fragte er.

„Ah, gehen Sie schnell hinauf, beeilen Sie sich, Mr. Goldveller," drängten sie ihn, wobei alle verschiedenen Stimmen sich zu einem tragischen Ton vermengten, wie das Crescendo eines griechischen Chores.

Er ging.

Der dunkle Vorraum war voll flüsternder Schatten, die ihn bei jeder Bewegung bemitleidenten. Die Wohnungstüre stand offen, und Küche, Schlafzimmer und Eßzimmer waren erleuchtet und gestopft voll von schmutzigen Menschen.

Sie machten Platz, daß Goldveller bis ins hinterste Zimmer gelangen konnte. Dort lag Sarah bewußtlos auf dem Bett. Ein weißes Leintuch bedeckte ihre Glieder. Ein eifriger, junger Ambulanzarzt und ein sehr stattlicher und freundlicher Schutzmann überschrien abwechselnd Mrs. Goldveller, die auf dem Bettrand saß, die Hände ringend, schluchzend und klagend, und sich bemühte, die herein- und herauswogende Flut der kondolierenden Besucher zu vertreiben.

Mrs. Goldveller schrie beim Anblick ihres Mannes auf. Der Arzt nahm Goldveller bei der Schulter.

„Da sehen Sie," rief er, indem er ihn leicht schüttelte, als wolle er es ihm dadurch deutlicher machen, „Ihr Kind lief unter ein Automobil. Das linke Bein muß amputiert werden, und ich sagte gerade zu Ihrer Frau, daß es ins Krankenhaus muß. Nun seien Sie mal ein guter Mann und nehmen Sie Ihre Frau fort, während wir es hinaustragen, verstehen Sie?"

Goldveller wurde fast ohnmächtig, als er an die Ausgaben dachte — solch große Ausgaben —, die der Unfall verursachte. In seinen Augen standen Tränen.

„Das Glück, das Glück!" murmelte er.

Plötzlich hob Goldveller die Augen und bemerkte, daß etwas anderes die Aufmerksamkeit der Leute noch mehr auf sich zog als Sarahs Anblick. Es war eine junge Dame im Sportkostüm, die durch die Zeitungen als zukünftige Erbin eines Riesenvermögens und zudem noch durch ihr eifriges Wirken für die Armen allgemein bekannt war.

Sie stand eng in eine Ecke gedrückt und sah aus, als ob sie bei der geringsten Berührung mit irgend jemand von diesen Leuten zu schreien anfangen würde. Ihr Chauffeur in Livree stand gespreizt vor ihr und blickte halb furchtsam, halb angriffslustig drein. Er winkte Goldveller heran, und als dieser angestolpert kam, schluchzte das junge Weib in der Ecke.

„Oh, es tut mir so leid. Ich gäbe alles darum, wenn es nicht geschehen wäre."

„Sie lief unters Auto, gnädiges Fräulein," sagte der Chauffeur hochmütig und fügte, für Goldveller bestimmt, hinzu: „Hören Sie nicht auf Geschwätz. Es sind ein Dutzend Zeugen hier, die sahen, wie sie direkt unter das Auto lief, verstehen Sie?"

„Oh," rief die junge Dame wieder, „es ist zu entsetzlich!"

„Es darf nicht in die Zeitungen," wandte sie sich an den Schutzmann, der verschwiegen und unschlüssig dreinblickte.

„O, es tut mir wirklich so leid, Mr. — Mr. — Gold —. Ich — ich — möchte so sehr gern etwas für das Mädchen tun, wenn das Bein abgenommen werden muß. Wissen Sie, etwas für ihre Zukunft," sagte sie mit taktvoller Zurückhaltung, um den Stolz der Armen nicht zu verletzen.

Goldveller lauschte begierig diesen Worten, deren Bedeutung er richtig einschätzte. Irgendein Instinkt warnte ihn, pathetisch zu werden. Er verhielt sich still. Die Dame schlug den Schleier zurück, der ein Paar große Augen enthüllte, die in Mitgefühl weinten. Und mit der Miene eines Kindes, das ein Spielzeug als Trost anbietet, zog sie ihr Scheckbuch heraus.

*

Als Sarah, immer noch totenbleich und bewußtlos, auf einer Tragbahre hinausgetragen worden war und die teilnehmenden Besucher fortgegangen waren, da erwachte Mrs. Goldveller aus ihrer Teilnahmlosigkeit zu einer Art von Gemütsbewegung, wehklagte auf ihrem Bett und stieß unzählige Verwünschungen gegen ihr Unglück aus.

„Dein Amerika und dein amerikanisches Glück!" jammerte sie immer und immer wieder. „O, hätten wir doch niemals Amerika gesehen! So etwas wäre uns nie in Rußland passiert."

„Und wäre uns das in Rußland passiert?" rief Goldveller.

Er nahm die Hände aus den Taschen, in die er sie für den Rest des Abends gesteckt hatte, und zeigte ihr den Beitrag der jungen Dame für Sarahs Zukunft. Es war ein Scheck über zehntausend Dollar.

„Nun," sagte er und seine Augen strahlten glückselig, „nun ist es mir möglich, mich von Levy freizukaufen."

Nachdem Goldveller dieses qualvollste Hemmnis seines Lebens überwunden hatte, gab es für niemand mehr einen Zweifel, daß sein Aufstieg gesichert war.

(Berechtigte Uebersetzung von Theodor Ebel.)

Buchbinder Lehmann

„Es hieß doch, daß Sie in Ihrer Jugend ein Handwerk erlernten. Können Sie jetzt nicht auch als einfacher . . ."
„Nichts davon! Ich will meinem geliebten Volke in seinem Kampfe um die wirtschaftliche Existenz nicht Konkurrenz machen."

Aus Abraham Lincolns Leben.

Der amerikanische Bürgerkrieg ging zu Ende. Der Neger war befreit. General Sherman hatte seinen Spaziergang durch Süd-Karolina, die „Wege des Abfalls", sengend und brennend beendet. Richmond, die Hauptstadt von Virginia, hatte sich am 5. April 1865 den Truppen der Union ergeben, nachdem die Konföderierten es vor ihrem Abzug in Brand gesteckt hatten. Am folgenden Tage war der Präsident Lincoln in die Stadt eingezogen. Nicht als Triumphator kam er, in schlichter Würde durchschritt er die Straßen der eroberten Stadt. Ohne Gepränge und unbekümmert. Den langen Weg legte der oberste Diener des Landes zu Fuß zurück, begleitet nur von Admiral Porter und drei anderen Offizieren und einer Schutzwache von zehn mit Karabinern bewaffneten Matrosen. Die Neger begrüßten ihren Befreier mit Ausbrüchen der Freude. Ihren großen Jubel bezugt eine zeitgenössische anekdotische Schilderung, die den Charakter des großen Demokraten ins Schlaglicht rückt:

„Sie scharten sich um den Präsidenten, liefen voraus, schwirrten um die Flanken der kleinen Gesellschaft, und hingen wie eine schwarze Wolke an ihren Fersen. Männer, Frauen und Kinder stießen zu der sich ständig mehrenden Menge. Sie kamen aus allen Seitenstraßen, liefen in atemloser Hast vorbei, schrien und kreischten und tanzten vor Freude. Die Männer warfen die Hüte hoch, die Frauen schwenkten Taschentücher und Hauben, klatschten in die Hände und sangen: „Ehre sei Gott, die Pracht und die Herrlichkeit!", gaben alle Lobpreisungen Gott, der all ihr Jammern in der Vergangenheit angehört hatte, ihr Wehklagen um Weib, Mann, Kind und den vor ihren Augen weggekauften Freund. Gott hatte ihnen die Freiheit gegeben und nach langen Jahren des Duldens ihnen erlaubt, so unerwartet das Antlitz ihres irdischen Wohltäters zu erblicken.

„Ich danke dir, lieber Herr Jesus, daß ich Präsident Linkum sehe!" war der Ausruf einer Negerfrau, die auf der Schwelle ihres niedrigen Hauses tränenden Auges stand, und mit klatschenden Händen dankte sie laut dem Erlöser des Menschen. — Eine andere, noch überschwenglicher in ihrer Freude, hüpfte und schlug in die Hände mit all ihrer Kraft und rief: „Lobet den Herrn! Lobet den Herrn! Lobet den Herrn!" Als wenn es kein Ende gäbe für ihre Danksprejungen. — Ein aufgeregter, verworrener Chor von Stimmen durchschwirrte die Luft. Die Straße war fast ungangbar wegen der noch immer heranflutenden Menge, bis Soldaten herbeigeholt wurden, den Weg freizumachen.

Der Weg war lang, und der Präsident stand einen Augenblick still, um sich etwas auszuruhen. „Möge der gute Herr euch segnen, Präsident Linkum!" rief ein alter Neger, als er den Hut herunterriß und sich verneigte, während Freudentränen ihm die Wangen herabliefen. Der Präsident zog seinen Hut und verneigte sich schweigend. Und das war eine Verbeugung, die Formen, Gesetze, Gebräuche und Zeremonien von Jahrhunderten über den Haufen warf. Das war ein Todesstoß für die Kavaliere und eine Todeswunde für die Kaste. „Einen Neger zu grüßen! Hu!" Eine weiße Frau hatte in einem Nebenhause des Präsidenten Gruß gesehen und wandte der Szene den Rücken mit unaussprechlichem Abscheu.

*

Eine Anekdote, die den Charakter des Präsidenten trefflich kennzeichnet, erzählt Frank B. Carpenter, ein amerikanischer Maler: „Es war am Abend vor meiner Abreise von Washington. Mein Bild „Die Emanzipations-Proklamation" (jetzt im Kapitol zu Washington) hatte ich vollendet. Seit zwei Tagen war es zur Besichtigung ausgestellt. Wie gewöhnlich um diese Zeit standen Kavallerie-Eskorte und Wagen für die Ausfahrt des Präsidenten bereit, um ihn nach dem „Soldatenheim" zu führen, wo er die Mittsommerabende zu verbringen pflegte. Da ich wußte, daß ich keine andere Gelegenheit zu einem Abschiedswort finden würde, hielt ich in dieser Absicht nach ihm Umschau. Bald fand ich ihn halben Weges zwischen dem Portal und der Toreinfahrt stehen, die zum Kriegsministerium führte. Er lehnte gegen ein Eisengitter, einen Arm über dem Gitter und einen Fuß auf der Steinfassung. Offenbar war er auf dem Rückweg vom Kriegsministerium von einem einfachen Mann aufgehalten worden. Der gab ihm schüchtern einen Einblick in mißliche Verhältnisse, die er nicht hatte meistern können. Während ich wartete, war ich gemächlich an die Seite des Präsidenten geschlendert. Er sprach sehr wenig zu dem Mann, studierte aber, während jener seine Klage vorbrachte, aufmerksam den Ausdruck seines Gesichtes. Als der Mann geendet hatte, fragte ihn Lincoln: „Haben Sie eine unbeschriebene Karte bei sich?" Der Mann suchte in den Taschen. Als er keine fand, trat ein Herr, der in der Nähe stand und die Frage gehört hatte, heran und sagte: „Hier ist eine, Herr Präsident!" Inzwischen hatten sich mehrere Neugierige angesammelt. Herr Lincoln nahm die Karte und einen Bleistift und setzte sich auf die Steinfassung, die kaum mehr als fünf oder sechs Zoll den Bürgersteig überragte, so daß es fast den Anschein erweckte, als sitze er auf dem Bürgersteig, und schrieb dem zuständigen Beamten auf die Karte den Befehl, „die Angelegenheit des Mannes zu prüfen". Während er dies schrieb, beobachtete ich auf der anderen Seite der Promenade mehrere Leute, die einander zugrinsten, wegen des „unwürdigen" Verhaltens des Oberhauptes der Nation. Sie wenigstens hielten es dafür. Das Oberhaupt der Nation jedoch war sich seiner Unschicklichkeit völlig unbewußt und gewahrte auch nicht, daß er überhaupt die Aufmerksamkeit auf sich lenkte. Mir aber war dies ein rührendes Bild der dem Manne innewohnenden Herzensgüte und seiner angeborenen Charaktergröße, die sich nicht so sehr durch Mißachtung des Konventionellen ausprägte, als durch die völlige Unbewußtheit, daß die Art und Weise dieses ehrlichen Versuches, einem Bürger der Republik, wie niedrig er auch sei, zu dienen oder ihm zu seinem Recht zu verhelfen, die Etikette oder die Würde überhaupt verletzen könnte."

E. R.

Sind Vulkane Sicherheitsventile?

Nach einer weit verbreiteten Ansicht werden die Vulkane noch vielfach für Sicherheitsventile unserer Erde gehalten. Aber Dr. Arthur L. Day, der Direktor des Geophysikalischen Laboratoriums am Carnegie-Institut, verneint diese Frage nach jahrelangen vulkanischen Studien. Die Ergebnisse seiner Untersuchungen und die Beobachtungen seiner Mitarbeiter, über die in einer Londoner Zeitschrift genauere Mitteilungen gemacht werden, schließen den Gedanken aus, daß Vulkane Sicherheitsventile, die in Verbindung mit dem feuerflüssigen Erdinnern stehen, seien. Die Untersuchungen zeigen, daß die Lava unter der Oberfläche kühler ist und keine Begründung für die Annahme besteht, daß ein Vulkan einen vollkommen flüssigen Inhalt aufweise.

Diese Untersuchungen wurden nicht nur durch das Hineintreiben eiserner Röhren in die Lava, sondern auch am Krater der Lassenspitze in Kalifornien angestellt. Dieser Vulkan war so entgegenkommend, all seine Lava zu entleeren und nach dem Ausbruch einen schön geöffneten, reinen Krater für die Prüfung darzubieten. Es zeigte sich alsdann, daß frische, heiße Lava aus Seitenröhren oder Lagern oberhalb des Kraterniveaus hereinströmte. Der Querdurchschnitt eines Vulkans erscheint nicht als das alte Sicherheitsventil nach der Annahme früherer Geologen oder selbst der neueren Theorien, die eine flüssige, zur Erdkruste konzentrische Schicht vermuten. Es ähnelt mehr einem Sammelbecken, von welchem aus Leitungsröhren zu örtlichen Kammern führen, in denen Lava zubereitet wird. Nach Professor Days Erklärung wird die vulkanische Tätigkeit durch Wasser hervorgerufen. Versuche zeigten, daß eine im Laboratorium unter Druck erhitzte Lösung von Kieselsäure und Potasche 12,5 Proz. Wasser aufnehmen kann. Der Felsbrei im Innern bildet eine solche Mischung und kann fünf bis sechs Prozent Wasser aufnehmen. Wenn dieser Brei zu Felsen kristallisiert, wird eine große Wassermenge frei. Geschieht dies in einem geschlossenen Raum, so kann sich ein enorm starker Druck entwickeln, und der Ausbruch eines Vulkans ist nicht mehr und nicht weniger als die explosive Freiwerdung der Gase. Sobald die nachfolgenden Massen mit den unter furchtbarem Druck darin aufgelösten Gasen der Vulkanmündung sich nähern, läßt der Druck nach und sie werden zersprengt. Wenn diese Gase, wie in den meisten Fällen, hauptsächlich aus Wasserdampf bestehen, so ist der größte Teil des Ausbruchs vulkanischer Staub in Dampfwolken und durch den Stoß herausgeschleuderte Materie. Wenn die aus dem Felsbrei befreiten Gase chemisch aktiv sind, so wie chlorsaurer Schwefel oder Wasserstoff, dann entwickelt sich eine stärkere Tätigkeit und Giftgase und glühende Lavaströme werden erzeugt.

Die vulkanische Tätigkeit scheint nachzulassen und wenige Ausbrüche der jüngsten Zeit haben auch nur eine Quadratmeile Lavafluß ergeben. Man kann daraus schließen, daß unsere Vulkane örtliche, oberflächliche Angelegenheiten sind, die verspätete, geologische Vorgänge darstellen. Sie sind einfach Ausflüsse von Felsbreimassen in den letzten Stadien der Kristallisation, von denen wenig mehr übrig ist als wenige verstreute Lager von geologisch unbedeutendem Umfang. Das ist ein beruhigender Gedanke. Wenn wir jedoch einer anderen wissenschaftlichen Schule glauben sollen, so gibt es eine Menge radioaktiver Materie in der Erde, die im Laufe der Zeit durch Wärmeentwicklung noch mehr Felsbrei erzeugen und furchtbare Kataklysmen verursachen wird. Da hierfür kein bestimmter Zeitpunkt angegeben und es vermutlich erst in hunderttausend Jahren passieren wird, so haben wir reichlich Zeit, neue Theorien zur Widerlegung der ungemütlichen radioaktivistischen Idee auszuarbeiten.

Natur und Technik. In der „Urania" zeigt Dr. Ing. Feldhaus anhand einer Reihe von Beispielen an Fischkörpern, daß eine ganze Reihe von technischen Erfindungen in der Natur längst vorhanden sind. Der Aufsatz schließt:

Daß Natur und Technik getrennt voneinander und nach gleichen Gesetzen arbeiten, zeigte mir wenige Wochen vor seinem Tode Ernst Haeckel. Immer wieder hatte dieser für alle Aufgaben der Kultur begeisterte Gelehrte Beispiele aus dem Tierkörper, auf die sich die Gesetze der Technik zwanglos anwenden lassen. Bald waren es Scheinwerfer mit modernen Linsensystemen an den Leuchtorganen von Krebsen, bald waren es sorgsam gekrümmte Leitschaufeln an Peredineen des Meeres, die sich durch die Leitschaufeln die bewegende Meeresströmung mühelos zuführen. Besonders reizvoll war für mich Haeckels Erklärung der Kugellager bei Radiolarien. Dies sind winzige Meeresbewohner, deren schaumiges Plasma in zierliche Skelette eingeschlossen ist. Um dem Plasma innerhalb der Kieselskelette Bewegung zu ermöglichen, sind diese wie Kugellager aufgebaut.

Es ist ein großer Irrtum, zu glauben, daß die Werke der technischen Kultur uns der Allmutter Natur entfremden. Technik ist Menschenwerk, und alles menschliche Schaffen führt gern durch dunkle und irrige Wege. Hat sich aber der Geist des Konstrukteurs von Fehlern gereinigt, oder hat das Genie ohne Irrwege ein neues Körnchen Wahrheit erkannt, dann sehen beide oft staunend, daß Mutter Natur berechtigt wäre, die Priorität (den Vorrang) für sich zu fordern und gegen die angemeldeten Patente Einspruch zu erheben.

Fühlen Sie sich

müde, abgespannt und alt?

Sehen Sie diese 70jährigen Eheleute an, immer frisch, munter und guter Dinge. — Warum? Sie nehmen jeden Morgen ihr Kruschen-Salz.

Kruschen-Salz hält Ihre inneren Organe (Leber, Nieren, Magen) in guter Funktion, deshalb fühlen Sie sich wohl und gesund. Kruschen-Salz reinigt das Blut und hilft Ablagerungen und Schlacken, deren Folgen frühzeitiges Altern, Müdigkeit, Mattigkeit, allgemeine Abgespanntheit und weiterhin Rheumatismus, Gicht, Ischias sind, aus dem Körper auf vollkommen natürlichem Wege entfernen.

Kaufen Sie sofort für sich und Ihre alten Eltern ein Originalglas Kruschen-Salz (bestehen Sie aber ausdrücklich auf Kruschen-Salz) und es wird Ihnen einen unschätzbaren Dienst für die Erhaltung Ihrer Gesundheit erweisen.

Kruschen Salz

In Apotheken und Drogerien M. 3.— pro Glas, für 3 Monate ausreichend.

Beuthien & Schultz G. m. b. H., Berlin N 39, Pankstr. 13-14
Humboldt 9227-29

Central-Theater 8 Uhr **Der Fremde**

Theater im **Admiralspalast**
Täglich 8¼ Uhr
Haller-Revue
Achtung!
Welle 505
3. billige Woche
Pr. 1 bis 8 M.
Stg. nchm. 3 U. u. abends 8¼ Uhr: die ganze Vorstellung zu halben Preisen

„CLOU"

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82
Täglich
Gesellschaftsabend-Tanz
außer Montag.

Herrnfeld intimes Th. 8 U.
Zwei große Schlager:
Famil. Schmock
Klabriaspartie
Kleine Friedenspr

Theater i. d. Lützowstraße
Tägl. **Lemke's sel. Wwe.** 8¼
Altberliner Volksstück m. Gesang und Tanz in 5 Bildern von F. Grasser und O. Burghardt
Musik v. Dr. R. Hirsch
(Autoren der „Kalinka")
Volkstümliche Preise 1—4 M.
Im Vorverkauf Theaterkasse Tonio Alfieri, Werth. 20⅓ Ermäß.

Metropol-Theater Tägl. 8 Uhr
No no Nanette

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Str. 6
Tägl. 8 U. — Stg. 3 U.
Sagen Sie alles ab
was Sie im Monat Febr. hindern könnte, die

Ellis-Sänger
mit ihrem Pracht-Programm zu besuchen!
Eintritt 0,50-2,50 M.

Reichshallen-Theater
Allabendlich 8 Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Stettiner Sänger
Nachm. halbe Preise
volles Abendprogramm!
Dönhoff-Brettl
Mario Costa, Anja Arnschewa, Geschw. Saltzoll,
10 große Nummern!

Casino-Theater
Täglich 8 Uhr
Neu! Neu!
Der große Erfolg
Helenes Liebesabenteuer
und das bunte Programm!

8¼ Komische Oper 8¼
Dir.: James Klein
Sie erhalten fast
umsonst
2 Karten
gegen Nachzahlung von nur
50 Pfg. bis 3.50 Mk.
(Klubsessel, Logen 4.50 Mk)
ab heute, auf die Dauer von
14 Tagen
zum Zweck der
Wiedereinführung
der wirklich größten
Revue der Welt
Von A bis Z.
Nach Verlauf von 14 Tagen wieder die alten Kassenpreise 2 Mark bis 15 Mark.
Sonntag 3 Uhr:
Jeder Erwachsene 1 Kind frei!
Ueber 300 Mitwirkende!

Krause-
Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1.

Geöffnungs Rabatt u. Reklamemarken ... seit 45 Jahren Spezialität
Conrad Müller

Arbeitsamt
i. rheinisch-westf. Industriegebiet
sucht
zum baldigen Eintritt einen in Theorie und Praxis erfahrenen
Berufsberater
der befähigt ist, auf diesem Gebiet Ersprießliches zu leisten. Zugleich wird gesucht eine ebenfalls praktisch erfahrene
Arbeitsvermittlerin
der bei Eignung die
Berufsberatung
der weiblichen Jugend übertragen wird. — Ausführliche Bewerbungen sind zu richten unter K. H. 501 an die Geschäftsstelle der Westf. Allgem. Volks-Zeitung, Dortmund

Metallbetten
Stahlmatratz., Kinderbetten günstig an Priv. Kat. 680 fr. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Küss' mich noch einmal
Werner Brothersfilm der Ufa, mit
Marie Prevost
Monte Blue
Regie:
Ernst Lubitsch
Auf der Bühne:
„Die Musik der eleganten Welt"
Julian Fuhs-Band
Premiere heute
¾5, 7¾ und 9¾ Uhr
Gloria-Palast
an der Gedächtnis-Kirche

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
4 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig
Morgen
3 Uhr: Fiesco
8 U.: Der befreite Don Quichotte

Staats-Theater
Opernhaus
7½ U.: Othello
Opernhaus am Königsplatz
7½: Der Waffenschmied
Schauspielhaus
8 Uhr: Ostpolzug
Schiller-Theater
8 Uhr: Jugend

Städtische Oper
Charlottenburg
8 Uhr:
Elektra
Abonn.-Turnus III.

Deutsches Theater
8 Uhr:
Juarez und Maximilian

Kammerspiele
8 Uhr
Die letzte Geliebte

Die Komödie
Kurfürstendamm 206/7
8 Uhr
Gesellschaft
11.15 Uhr
Nachtvorstellung
„Der blaue Vogel"
Alle Plätze 3 und 5 M.
Außerdem heute nachm. 4 Uhr alle Plätze 2 und 4 M.

Deutsches Künstl.-Theater
8 Uhr:
Paganini

Th. a. Kurfürstendamm
8 Uhr
Die Nacht der Nächte

Th. a. Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Der fröhliche Weinberg

Lustspielhaus
Heute 7½ Uhr:
Premiere
Dicky

Wallner-Theater
8 Uhr
Kolportage

SCALA
Rastelli
und
10 weitere
!! Varieté-Sensationen !!
Sonntags 3½ zu ermäßigten Preisen das volle Progr.

Lessing-Th.
8 Uhr
Gastspiel d. Saltenburgs Bühnen
Kronprinzessin Luise

Kleines Th.
8 Uhr:
Dybuk
(Der Dämon)
von An-Ski
Regie: Viertel

Residenz-Th.
8 Uhr:
Die Durchgängerin
Claire Rommer
Kurt Vespermann
Stg. 3½ U. Kl. Pr.:
D. Durchgängerin

Thalia-Th. 8 U.
Lene, Lotte, Liese
Josefine Tüchler
Wessely, Dora, Sabo, Baselt
Stg. 3½ U. Kl. Pr.
D. Frau ohne Kuß

Theater in der Kommandantenstr.
8 Uhr:
Anneliese v. Dessau
Emmy Sturm a. G.
E. Lichtenstein a. G.
Stg. 3½ U. Kl. Pr.:
Anneliese von Dessau

Theat. d. Westens
Tägl. 8 Uhr:
Das Spiel um die Liebe
Operette von Gilbert
Friedenspreise M. 0,50 bis 10,—

Rose-Theater
4: Hänsel u. Gretel
8½ Uhr: August der Starke

Barnowsky-Bühnen
Theater Königgrätz. Str.
8 Uhr:
Exzesse
Stg. 3½ U. Kl. Pr.
Wie es euch gefällt

Komödienhaus
8 Uhr:
Der Garten Eden
Stg. 3½ U. Kl. Pr.
Kopf oder Schrift

Die Tribüne
8 Uhr
Die neuen Herren
Stg. 3½ Kl. Pr. 1. T.
Zurück zu Methusalem

BREITBARTs heraus!
Zahlreich. Bewerber zur BREITBART-Konkurrenz!
1. Austrag abd. 6 2. 7½ Uhr
Frz. Steingräber Fritz ... Josef Breitbart.
Außerdem gr. Circ.-Progr. u. D. Gorillabraut
Stg. 3 U. halbe Preise mit „Monte Christo"
Circus Busch

Großes Schauspielhaus
Für Dich
Charell-Revue
täglich 8¼

Berliner Theater
8 Uhr: **Messalinette**

Walhalla-Th. — Weinbergsweg
8¼ Täglich 8¼
Königin der Nacht
1. Preisr.-Stück m. Ges. u. Tanz I. 7 B.
Sonnt. nachm. 4:
Dornröschen

Neues Th. am Zoo
Allabendl. 8 Uhr:
Guido
Thielscher
in
Stöpsel
Kleine Preise: Parkett 1—2 M. Park.-Fautl. 3-4 M. Orchest.-Fauteuil 5 M. Sessel 6 M.
Vorverkauf ununterbrochen

Trianon-Theater
Heute 8 Uhr:
Sadie v. Broadway
Ein lust. Stück a. d. m. Geschäftsleben
Frtg. u. Sbd. 11 U.:
Nachtvorstellung

Th. a. Nollendorfpl.
8 Uhr:
Die offizielle Frau
Operette in 3 Akten
Preise 1 M. bis 10 M.

Wintergarten
Die **Revue** der **Liliputaner**
im sensationellen Februar-Spielplan
Sonntag 3½ Uhr: halbe Preise
Rauchen gestattet

Neue Welt
A. Scholz :: Hasenheide 108-114
Sonnabend, den 6. Februar, sowie täglich:
Bockbierfest
in den bayer. Alpen
8 Kapellen / Neue Dekorationen / 80 bayer. Madl
Ausstoß des berühmten Bergschloß-Jubil.-Bock
und
Großer Alpen-Ball
Einlaß 6 Uhr Ende? Anfang 7 Uhr
Voranzeige! Dienstag, den 9. Februar:
Prämiierung
der schönsten Damen-Erscheinung im Gesellschaftskleid
und Braten eines ganzen Ochsen auf dem Riesen-Lucullus-Brat-Apparat

Verkäufe

Naumann-Nähmaschinen für Hausgebrauch und Gewerbe. Teilzahlung. Reparatur-Werkstatt für alle Systeme. Emil Halberth G. m. b. H., Friedrichstraße 36a. Amt Hasenheide 3637. •

Reikzeuge (Richter-Brasilian), Sicherheits-Goldfüllfederhalter. Bureaubedarfshaus Lindner Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 36/37. •

Teilzahlung. Kinderwagen. •

Teilzahlung. Puppenwagen. •

Teilzahlung. Metallbettstellen. Baß, Große Frankfurter Straße 47, gegenüber Markusstraße. •

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Getragene Herrengarderobe, tadellos erhalten. Gelegenheitskäufe in Pelzwaren, große Auswahl, billige Preise. Keine Lombardware. Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7. •

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten, fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportjoppen, Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weltteiler Max Lehmann, Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Monatsanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Rockpaletots, Cutawayanzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstraße 4, erste Etage. •

Möbel

Teilzahlung. Möbel jeder Art. Geringe Anzahlung, bequeme Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenicker Straße 77/78, Ecke Brückenstraße. •

Ausnahmeangebote. Fünfzig Herrenzimmer. Sechzig Speisezimmer. Siebenzig Schlafzimmer. Dreißig Küchen. Hunderte von Bettstellen, Waschkommoden, Nachttische, Solaumbaue, Schreibtische, Ankleideschränke, alles außergewöhnlich billig. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56. •

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft. •

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 85. •

Fahrräder

Mark 47.— Herrenfahrräder, Damenfahrräder 60.—. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Teilzahlungen! Göricke-räder, Brennaborräder, Opelfahrräder, Triumphräder, Viktoriaräder, Multiplexräder, Waffenfahrräder, Rennmaschinen, Tourenfahrräder, Damenfahrräder, Halbrenner. Herabgesetzte Winterpreise. Schlawe, Weinmeisterstraße vier. •

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Lindenstraße 15 •

Verschiedenes

Säle frei. Vereinszimmer mit Piano von 16 bis 3000 Personen fassend. Prachtsäle Märchenbrunnen, Am Friedrichshain 29—32. •

Gerberei, Neukölln, Prinz-Handjerystraße 37/38. •

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Erfahrener Inseraten- und Drucksachen-Akquisiteur, bisher an mittelgroßem Parteiblatt tätig, sucht umgehend anderwärts eine gleiche Stellung. Angebote unter Nr. D. 23 an Vorwärts-Expedition.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und trotzdem !! billig !!

Lokalredakteur (auch Politik und Feuill.), gewandter Stilist, unermüdl. Arbeiter, gelernt. Schriftsetzer, sucht i. mittl. Parteibetrieb ander. Wirkungsfeld. Martin, Leipzig, Wurzener St. 2, I.

Stellenangebote

Botenfrau für Kaulsdorf
wird sofort eingestellt
Voigt, Brederockstr. 19 •

Woher kommen die hohen Konkurszahlen?

Unangebrachter Pessimismus.

Die Zahl der neueröffneten Konkurse wird regelmäßig — allwöchentlich und allmonatlich — durch verschiedene Stellen (Statistisches Reichsamt, Zeitungen und Zeitschriften) nach den amtlichen Veröffentlichungen im „Reichsanzeiger" festgestellt. Als vor einigen Tagen die amtliche Konkursziffer des Monats Januar mit 2092 Konkurseröffnungen, wozu noch 1553 neue Geschäftsaufsichten kommen, bekannt wurde, entstand eine beträchtliche Beunruhigung — nicht zum mindesten durch die Schuld einiger Zeitungen, die diese Zahlen (oder andere, nichtamtliche Ziffern, die noch um einiges höher waren) in sensationeller Aufmachung dem Publikum vorsetzten und dabei die über „die Wirtschaft" hereingebrochene „Katastrophe" in den schwärzesten Farben ausmalten. Bezeichnenderweise sind es dieselben Blätter, die bei anderer Gelegenheit und oft aus geringfügigen Anlässen, etwa bei der Beurteilung der Börsenverhältnisse, die Besserungsaussichten mit den rosigsten Farben darzustellen pflege.

Besteht nun, angesichts der ungeheuer großen Anzahl der Konkursmeldungen, neuerdings ein Anlaß zur Beunruhigung? Werden durch die Zusammenbrüche der Unternehmungen in den zahlreichen Konkursen neue, krisenverschärfende Elemente ausgelöst, die zu einer Verschärfung der Lage führen müssen?

Wir haben keinerlei Anlaß, die Schwere der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu beschönigen, die mit voller Wucht, durch die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, gerade auf der Arbeiterschaft lastet — und selbst noch lasten wird, wenn bereits, später einmal, für die Unternehmerschaft wieder bessere Zeiten angebrochen sind. Gerade aber weil wir wissen, daß die Arbeiter die eigentlichen Leidtragenden der Wirtschaftsnot sind, müssen wir feststellen, daß die Belastung der Unternehmerschaft durch die zunehmende Zahl der Konkurse nichts anderes ist, als die gleichsam

natürliche und normale Auswirkung der Wirtschaftskrise,

die durch den Mangel an Absatz, durch das Fehlen der Kaufkraft der breiten Massen, verschuldet ist — und ebenso die Tatsache, daß von der Unternehmerschaft fast ein volles Jahrzehnt hindurch eine falsche Anlage- und Produktionspolitik, ohne Rücksicht auf die Absatzmöglichkeiten und ohne Pflege des Konsums, betrieben worden ist. Die natürlichen Konsequenzen der falschen Unternehmerpolitik treten uns in den Konkurszahlen entgegen: Diese sind Folge (und Erscheinungsform) der Wirtschaftskrise, nicht aber etwa die Ursache, von der aus nun eine neue Verschlechterung der Lage erwachsen könnte.

Im Gegenteil: das, was sich jetzt bei den Zusammenbrüchen der in Konkurs gehenden Unternehmungen vollzieht, ist

eine — wenn auch bittere — Notwendigkeit.

Jahrelang hat der ganz normale Prozeß der Ausscheidung überflüssiger, falschorganisierter, unwirtschaftlicher und untüchtiger Betriebe fast völlig gestockt. Auf den ganz anderen Wirtschaftsgrundlagen der Kriegs- und Inflationszeit sind viele Tausende, ja Hunderttausende von neuen Unternehmungen entstanden, ohne daß andere Betriebe wenigstens in wesentlicher Zahl verschwunden wären: so erklärt sich die Tatsache, daß heute viele Tausende von Betrieben vorhanden sind, denen die Möglichkeit zu gewinnbringender Arbeit angesichts der neuen veränderten Wirtschaftsverhältnisse in der Welt und in Deutschland fehlt und die deshalb keinerlei Existenzberechtigung mehr haben.

Ein paar Zahlen mögen diesen Vorgang erläutern:

Die Zahl der Aktiengesellschaften ist von 1914 bis Ende 1923 um rund 10 000 auf rund 17 500 angewachsen und hat sich 1924 um 546, 1925 dann um 1953 Gesellschaften vermindert;

die Zahl der Gesellschaften m. b. H. hat sich von 1914 bis Ende 1923 von rund 35 000 auf rund 80 000 erhöht, in den beiden folgenden Jahren um 558 und 6233 Gesellschaften vermindert;

die Zahl der sonstigen Firmen (offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, Einzelfirmen) hat sich nach ähnlichem Anwachsen in den beiden letzten Jahren um rund 27 000 und rund 32 400 verringert (Gesamtzahlen sind hier nicht erhältlich).

Diesen Auflösungen standen aber im Jahre 1924 Neugründungen von Firmen in noch größerer Anzahl gegenüber, so daß die Gesamtzahl aller Unternehmungen (ohne Genossenschaften) sich noch um rund 900 erhöht hat. **Erst im Jahre 1925 ist ein richtiger „Abbau" eingetreten:** die Zahl der Firmen hat um 14 728 abgenommen.

In der Gesamtzahl der Auflösungen sind die durch Bankiers erfolgten Auflösungen, die etwa 10 bis 20 Proz. (im letzten Jahre 25 Proz.) der ganzen Zahl ausmachen, mitgerechnet worden. Es ist also wichtig, zu wissen, daß neben den (eröffneten) Konkursen in vier-, fünffacher, ja zehnfacher Zahl derselben Firmen der Auflösung anheimfallen — sei es, daß sie ohne Benachteiligung irgendwelcher Gläubiger verschwinden, sei es, daß ein Konkursverfahren gegen sie gar nicht zur Anwendung kommt, weil es nicht beantragt, oder, wegen Mangel an Konkursmasse, abgelehnt wurde. Diese Tatsache muß man in erster Linie berücksichtigen, um die Bedeutung der — allein regelmäßig veröffentlichten — Konkurszahlen voll würdigen zu können. Weiterhin ist aber festzustellen, daß die Konkurszahlen gar nicht so abnorm hoch sind, wie man jetzt glauben machen will. Nimmt man an, daß die Zahl der Unternehmungen in Deutschland zwischen 1913 und 1923 auf das Doppelte gestiegen ist, so müßte eine doppelt so hohe Konkurszahl wie die „normale" Friedensziffer noch nicht ungewöhnlich erscheinen, — eher zu niedrig, da ja die Grundlage der (neuen!) Unternehmungen jetzt viel weniger fest als die der alten Betriebe vor dem Kriege sein kann. Für die Friedensjahre erhält man Konkurszahlen, die zwischen 7700 (1905) und 9700 (1913) schwanken, für das Jahr 1925 aber erst eine Gesamtziffer von 11 200, die also nur unwesentlich höher als in der Vorkriegszeit ist, geschweige denn das Doppelte erreicht! Noch größer aber wird das Mißverhältnis zwischen der stark angestiegenen Zahl der Unternehmungen und der vergleichsweise niedrigen Konkursziffer, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Zahl der Konkurse in den Jahren seit 1913 nur außerordentlich klein war, so daß man jetzt geradezu davon sprechen kann, daß die „Versäumnisse" der Kriegs- und Inflationszeit auf diesem Gebiete nachgeholt werden mußten — ganz zu schweigen von der Notwendigkeit, nun auch die neuentstandenen Kriegs- und Inflationsunternehmungen zu sichten und zu vermindern.

Einige Vergleichszahlen mögen beweisen, daß das Anschwellen der Konkursziffer in den letzten Monaten zwar, gegen die Vormonate und -jahr gesehen, enorm erscheint, verglichen mit dem Stand der Vorkriegszeit aber (zumal wenn man den ungeheuren Zuwachs an Unternehmungen zwischen 1914 und 1923 berücksichtigt) relativ normal ist. Das Wichtigste freilich bleibt die Feststellung, daß die Zunahme der Konkurse die natürliche Folge der Unternehmerpolitik ist — und kein plötzlich entstandenes „neues" Unheil, das vom Himmel gefallen wäre:

Zahl der Konkurse.

Vorkriegszeit		Kriegszeit		Inflationszeit		Stabilisierungszeit	
1905	7 708	1914	7 849	1919	1 019		
1906	7 768	1915	4 545	1920	1 816	1924	6 033
1907	8 101	1916	2 258	1921	3 100	1925	11 184
1908	9 378	1917	1 229	1922	1 008		
1909	8 630	1918	816	1923	263		
1910	8 387						
1911	8 680						
1912	9 209						
1913	9 775						

Monatliche Konkurszahlen.[1]

Monatsdurchschnitt 1913: 814.

	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Januar	71	212	146	24	80	796
Februar	67	233	123	17	89	728
März	65	294	151	30	54	776
April	66	283	107	45	139	687
Mai	70	300	95	32	328	807
Juni	107	323	91	35	585	768
Juli	149	301	81	18	1 125	797
August	182	290	59	18	895	751
September	188	256	45	9	850	914
Oktober	148	263	48	15	752	1 164
November	157	195	84	8	621	1 848
Dezember	151	150	89	17	616	1 660

[1]) Die Angaben für die früheren Jahre fehlen.

Diese Zahlen bestätigen das, was oben über die Konkurszahlen des Näheren dargelegt worden ist. Konkurse sind die Ergebnisse eines fortgesetzten Selbstreinigungsprozesses in der kapitalistischen Wirtschaft. Ohne Konkurse würde die Zahl der Unternehmungen ins unermeßliche wachsen können, würden alle Krankheitskeime der kapitalistischen Wirtschaft üppig wuchern, weil dann eben immer neue Gründungen erfolgen würden, denen keine Beseitigung unrationeller Unternehmungen gegenüberstünde. In den Jahren seit dem Kriege hat die seit jeher vorhandene Selbstreinigung der Wirtschaft vollkommen versagt. Die Konkurszahlen in den Jahren 1920 bis 1924 waren geradezu lächerlich gering. Gerade diejenigen Leute, die immer und überall die kapitalistische Wirtschaft als das einzig mögliche Wirtschaftssystem hinstellen, haben den allergeringsten Anlaß, darüber zu heulmeiern, daß nun endlich auch in den Konkurszahlen die sinnlose Verschwendung und die Ueberspannung der Kapitalansprüche zum Ausdruck kommen, die im Krieg und in der Inflation die Regel waren, in einer ausgeglichenen kapitalistischen Wirtschaft aber keinen Platz haben.

Vom größten deutschen Elektrokonzern.

Zum Abschluß der AEG.

Die AEG. veröffentlicht für ihr am 30. September abgeschlossenes Geschäftsjahr Bericht und Bilanz. Als Information der Oeffentlichkeit über den mächtigsten europäischen Elektrokonzern und den größten privatkapitalistischen Arbeitgeber Berlins verdienen sie gleichermaßen nachdrücklichste Beachtung. Angesichts dieser Stellung der AEG. ist die schon bekannte Dividende von 6 Proz. (im Vorjahr 5 Proz.) auf das Gesamtkapital von annähernd 160 Millionen von untergeordneter Bedeutung. Neben der chemischen Industrie ist die deutsche Elektrizitätsindustrie die höchstqualifizierte Deutschlands. Ihr Schicksal ist im Guten und Schlechten ein wichtiges Symptom für das Gelingen der wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutschlands und seiner erfolgreichen Eingliederung in die Weltwirtschaft.

1913/14 wurde der Jahresumsatz der AEG. mit 400 Millionen angenommen; davon betrafen über 90 Millionen das Ausland. Der Umsatz für 1924/25 ist zahlenmäßig nicht angegeben. Der Geschäftsbericht spricht aber von einer Steigerung der abgerechneten Umsätze gegen das Vorjahr um 50 Proz., von einer Steigerung der bei Bilanzschluß vorliegenden Aufträge um 30 Proz. „Die Nachfrage nach elektrischer Energie hielt unvermindert an und steigerte sich derartig, daß die Leistungsfähigkeit der Werke für die Zeit der Höchstbelastung aufs äußerste beansprucht war." Es ist im Gesamtinteresse bedauerlich, daß genaue Ziffern über die Umsatzentwicklung fehlen. Im Januar 1926 verlautete aber aus dem Prospekt für die neue 10-Millionen-Dollaranleihe, daß die Reparationsbelastung der AEG. nur ½ Proz. der Bruttoeinnahmen betrage. Da die Dawes-Belastung der AEG. für 1925/26 mit 750 000 M. angegeben wird und diese etwa die Hälfte der jährlichen Dauerbelastung ausmacht, müßte die Bruttoeinnahme der AEG. mindestens 300 Millionen Mark ausmachen, was auf einen wesentlich höheren Umsatz schließen läßt.

Aeußerst aufschlußreich ist der Einblick, den der Geschäftsbericht über die Herkunft der Aufträge gibt. Danach liegt weit überwiegend das Schwergewicht nicht bei der privaten Industrie, sondern bei den Kommunen und gemeinwirtschaftlichen Elektrizitätserzeugungs- und Lieferungsgesellschaften. „Die Schwerindustrie war mit Bestellungen großer Maschinenanlagen nur gering beteiligt." Nur der dringende laufende Erhaltungsbedarf der Berg- werks- und Hüttenindustrie vermochte zur Fabrikation der AEG. beizutragen. Sowohl dem Umfang als der Qualität der Aufträge nach beherrschten offenbar die Lieferungen und Bauausführungen für kommunale und ähnliche Elektrizitätsunternehmungen das Feld der Fabrikation. Für Rummelsburg ist das Großkraftwerk vollständig der AEG. in Auftrag gegeben, ein Auftrag von weit über ein Drittel der gesamten, auf annähernd 60 Millionen veranschlagten Kosten der Rummelsburger Neuanlage. Gleichzeitig werden dort die größte Zentralstation und Dampfturbinen mit der größten Turbinenleistung der Welt von der AEG. hergestellt. Ferner werden genannt: Die komplette Einrichtung des Wasserwerks Tegel, vollständige Kraftwerke für die Stadt Oldenburg und das Saarkraftwerk bei Mettlach, Hochspannungsfernleitungen für verschiedene Elektrizitätslieferungsgesellschaften, bedeutende Lieferungen für elektrische Vollbahnen und städtische Straßenbahnen sowie reichliche Tätigkeit für Untergrund- und Vorortbahnen. In zweiter Linie folgt das Ausland, insbesondere Großaufträge aus Norwegen (die 4 größten bisher ausgeführten Generatoren von je 29 000 Kw) und aus Guatemala, wo die AEG. der Generalunternehmer für eine elektrische Bahn von 50 Kilometern. Erst an letzter Stelle dürften die Aufträge der deutschen Privatindustrie stehen. Aus dieser Verteilung der Aufträge läßt sich ermessen, welche schwerwiegenden Folgen sich aus der künstichen Behinderung der öffentlichen Elektrizitäts- und Verkehrswirtschaft ergeben müssen, besonders angesichts der gegenwärtigen Krisenlage der deutschen Industrie.

Sehr große Aufmerksamkeit wendet die AEG. dem Auslandsgeschäft zu. Es ist bekannt, daß die AEG. schon zu Lebzeiten Rathenaus ihren Blick auf Rußland gerichtet und besonders seit der Stabilisierung der Währung mit dem russischen Elektrizitätstrust durch erleichterte Lieferungen und gleichzeitigen Erfahrungsaustausch zu engerer Verbindung zu kommen gesucht hat. Die Verhandlungen hierüber sind in den letzten Tagen, also nach Abschluß des Geschäftsberichts, zu Ende geführt worden.

Die Bilanz, die zweite bereits seit der Goldbilanz von 1923, gibt der im letzten Jahre erfolgten Geschäftsausweitung deutlichen Ausdruck. Einfach und deutlich bei den Passiven: Zieht man Kapital und Reserven mit zusammen 172 Millionen von der Bilanzsumme der beiden letzten Bilanzen ab, so ergibt sich ein Mehr an Verpflichtungen von 81 Millionen Mark. Davon entfällt über die Hälfte (42 Millionen) auf die erste 10-Millionen-Dollaranleihe vom Januar 1925, der bekanntlich im Dezember 1925 eine zweite, noch nicht in der Bilanz enthaltene 10-Millionen-Dollaranleihe gefolgt ist. (Auf den Mindererlös von 4,56 Millionen ist aus dem Gewinn dieses Jahres bereits fast eine Million abgeschrieben. Die Bankverpflichtungen sind von 12,34 auf 29,13 Millionen erhöht, Anzahlungen, Lieferantenschulden und Guthaben der Konzerngesellschaften zusammen von 39,18 auf 74,98 Millionen. Dagegen sind die „verschiedenen Kreditoren", wahrscheinlich kurzfristige Auslandskredite, offenbar aus dem Anleiheerlös von 34,38 bis auf 18,78 Millionen abgedeckt. Unter den Aktiven zeigt sich bei Grundstücken und Fabrikgebäuden (zusammen 63,68 gegen 61,90 Millionen) kaum eine Veränderung. Eine Auflösung von Bewertungsreserven war also überflüssig; die neu aufgenommenen Kapitalien sind vollständig aus den beweglichen Posten gedeckt: Die Warenbestände, zum erstenmal in Läger (69,48 Millionen) und in Arbeit befindliche Anlagen (18,59 Millionen) getrennt, sind von 57,52 auf 88,07 Millionen erhöht. Die Lagerbestände sind übrigens fast genau in Höhe jener 166⅔ Proz. ausgewiesen, zu denen sie der ersten 10-Millionen-Dollaranleihe als Sicherheit dienen! Die Forderungen sind von 65,46 auf 95,09 Millionen gestiegen. Die Effekten und Beteiligungen sind von 85,40 auf 96,85 Millionen erhöht; sie enthalten aber nach dem Geschäftsbericht immer noch Reserven, ein Zeichen, zu welch niedrigem Kurse sie in der Goldbilanz (73,0 Millionen) eingestellt gewesen sein müssen. Immerhin muß ein beträchtlicher Teil der Warenbestände mit eingerechnet werden, um die kürzer laufenden Verpflichtungen (122,90 Millionen) durch die entsprechenden Forderungen (rund 99 Millionen) zu decken. Auch die neue Anleihe dürfte daher zum Teil der größeren Flüssigmachung der Bilanz dienen.

Der Bruttogeschäftsgewinn ist mit 35,81 um rund 13 Mill. höher ausgewiesen als im Vorjahr. Nach Abzug der Geschäftsunkosten (8,23 gegen 7,28 Mill.), der Steuern und sozialen Lasten (15,58 Mill.) und der Abschreibungen von 4 Millionen (2 Proz. auf Gebäude, 10 Proz. auf Maschinen) verbleibt ein Reingewinn von 8,36 (7,22) Mill. Davon werden nach der 6prozentigen Dividendenausschüttung auf 133,91 Mill. dividendenberechtigtes Kapital noch 458 215 M. vorgetragen. Die 22,33 Mill. Vorratsaktien erhalten naturgemäß keine Dividende.

Berücksichtigt man, daß der Gegenwert dieser 22,33 Mill. Vorratsaktien auch noch in den Aktiven steckt, so ergibt sich bei der AEG. das Bild eines erfolgreichen, aber durchaus nicht leicht um den Erfolg ringenden Unternehmens.

Umgestaltung der „Preußag".

Dem preußischen Staatsrat ist vom preußischen Staatsministerium der Entwurf eines Gesetzes zur gutachtlichen Aeußerung zugegangen, das vorsieht, die zum staatlichen Bergwerksbesitz gehörigen Betriebe, Gerechtsame und Berechtigungen ganz oder teilweise der Preußischen Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft in der Weise zu übereignen, daß sie als Einlagen in die Gesellschaft eingebracht werden.

Zur Begründung wird u. a. folgendes angeführt: In dem Umstellungsgesetz vom 9. Oktober 1923 war der Aktiengesellschaft Preußag lediglich die Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbesitzes übertragen, das Eigentum daran aber dem Staate vorbehalten. Diese einem Pachtverhältnis ähnliche Konstruktion hat sich praktisch als verfehlt erwiesen und läßt es geboten erscheinen, der Gesellschaft nachträglich den in Betracht kommenden staatlichen Bergwerksbesitz zu übereignen. Es entstehen auch keine besonderen Kosten, weil die Preußag infolge gesetzlicher Befreiungsvorschrift keine Kapitalverkehrssteuer zu bezahlen hat. Für die Eigentumsübertragung spricht die Notwendigkeit, angesichts der Unsicherheit der künftigen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Finanzlage des Staates der Preußag die Möglichkeit zu geben, sich ohne Belastung des staatlichen Haushalts die für die Erhaltung, den Ausbau und die Erweiterung der Betriebsanlagen sowie für sonstige Betriebszwecke erforderlichen Mittel selbst zu beschaffen. Ganz abgesehen davon ergeben sich auch aus der jetzigen Gesellschaftsform wesentliche Bilanzschwierigkeiten wie auch für den Staat unerwünschte finanzielle Folgen steuerlicher Art und aus dem Aufbringungsgesetz für die Industriebelastung.

Die Deutsche Werke A.-G. weist darauf hin, daß sie von der kürzlich gemeldeten Liquidation der Deutschen Werke A.-G., Berlin, ihrer ehemaligen Zentralverwaltung, in keiner Weise berührt wird. Bekanntlich ist die Deutsche Werke Kiel, A.-G. schon im vergangenen Sommer aus der Gruppe der jetzt aufgelösten Gesellschaft losgelöst und in eine selbständige A.-G. umgewandelt worden. Sie umfaßt die frühere Werft Kiel und Werk Friedrichsort. Werft Kiel betreibt neben Schiffbau den Bau von Großdieselmotoren und Schiffsmaschinen, die Fabrikation von Triebwagen (maschinentechnischer Teil) und Kleinelektromotoren. Das Werk Friedrichsort hat sich auf die Serienfabrikation von Verbrennungsmotoren, Pumpen und Schiffshilfsmaschinen spezialisiert. Die Gesellschaft hat kürzlich zusammen mit der AEG. die Triebwagenbau A.-G. zwecks gemeinsamer Förderung des Oeltriebwagenbaues gegründet. Die Werke sind, wie wir erfahren, gut beschäftigt und werden auf der Leipziger Frühjahrsmesse Modelle modernster Dieselmotoren kleinerer Leistung zeigen.

Wybert Tabletten
in allen Apotheken u. Drogerien M. 1.—
bei Husten, Heiserkeit, Katarrh

Kleine Vorlagen im Reichstag.

Tarifermäßigung für Jugendfahrten.

Der Reichstag überwies gestern zunächst die vorliegenden Anträge der Parteien auf Abänderung der Steuergesetze auf Antrag des Abg. Hertz (Soz.) ohne Aussprache dem Steuerausschuß. Ein Antrag zur Einführung des Registerpfandrechts geht an den Rechtsausschuß. Dem Bericht des Ausschusses für Verkehrsangelegenheiten über Eisenbahntarifermäßigung für Jugenfahrten wird ohne Aussprache zugestimmt. Danach soll die Reichsregierung ersucht werden:

1. Bei der Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahngesellschaft die sofortige Aufhebung der Verteuerung der Fahrpreise für Jugendfahrten, die seit dem 1. April v. J. von 50 Proz. auf 66⅔ Proz. der Personentarifpreise erhöht worden sind, herbeizuführen.
2. Dem Reichstag alsbald eine Denkschrift mit grundlegendem Material darüber vorzulegen, um über derartige Fahrpreisvergünstigungen genaue Bestimmungen zu treffen, die jede mißbräuchliche Ausnutzung dieser Vergünstigung ausschließen.

Es wird weiter ein Antrag der Deutschen Volkspartei angenommen, die Reichsregierung aufzufordern, dem Reichstag unverzüglich den Entwurf eines Reichsabwässergesetzes vorzulegen.

Zwei sozialdemokratische Anträge, die Verordnung über die Aburteilung der Landesverrats- und Spionagefälle durch die Oberlandesgerichte vom 12. Dezember 1923 wieder aufzuheben, sowie die Verordnung zur Entlastung des Reichsgerichts vom 15. Januar 1924 aufzuheben, werden abgelehnt.

Auf Antrag des Zentrums wird eine Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes insofern beschlossen, als künftig auch Armenunterstützungsempfänger als Schöffen zugelassen werden sollen.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verlangt die

stärkere Hinzuziehung von Laienrichtern

zu den Gerichten. Der Ausschuß empfiehlt (nach dem Bericht des Abg. Dr. Barth (Dnat.) die Ablehnung des Antrags.

Abg. **Landsberg** (Soz.) bedauert die ablehnende Stellungnahme des Ausschusses. Wir müssen demgegenüber auf dem Standpunkt verharren, daß die Schwurgerichte so schnell wie möglich wiederherzustellen sind. Unsere im Ausschuß vorgebrachten Gründe hat der Berichterstatter nicht erwähnt. Wir haben dort insbesondere auf die guten Erfahrungen hingewiesen, die man in anderen Ländern mit der stärkeren Berücksichtigung des Laienelements in der Rechtsprechung gemacht hat. In England, Frankreich und Oesterreich weiß man sehr wohl, was man an den Schwurgerichten hat. Laienrichter haben vor dem Berufsrichter den großen Vorzug, daß sie die Beweisanträge eingehend und unbefangener prüfen. Wir wünschen nicht, daß die Verhängung harter Strafen in die Hand eines einzelnen Richters gelegt wird. Die Schwurgerichte müssen wieder hergestellt werden, von dieser Forderung werden wir nicht abgehen. Von Herrn Emminger, mit dessen Namen die Verschlechterung der Rechtspflege eng verbunden ist, konnte man nicht sagen: „Es wird die Spur von seinen Erdentagen nicht in Aeonen untergehen!" (Große Heiterkeit.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Ein Antrag des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, die Reichsregierung zu ersuchen, den Beschluß des Reichstags auf

Abhaltung einer Wirtschaftsenquete möglichst bald

auszuführen, wird ohne Aussprache angenommen.

Auf Antrag des Volkswirtschaftlichen Ausschusses wird beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf zur Aenderung der Gewerbeordnung vorzulegen, durch den die in Bahnhofsgebäuden und auf dem Bahnhofsgelände untergebrachten Verkaufsstände in die Bestimmungen über Sonntagsruhe und Ladenschluß einbezogen werden und daß klargestellt wird, daß die kleinen Verkaufshäuschen gleichfalls der Gewerbeordnung unterliegen. Ferner soll ein Gesetz vorgelegt werden, wonach die auf dem Gelände von Eisenbahnunternehmungen betriebenen Gewerbe, die nicht auf die Eisenbahnbeförderung von Personen und Gütern abzielen, nicht zu den Betrieben der Eisenbahnunternehmen rechnen.

Ein kommunistischer Antrag, in der nächsten Plenarsitzung über den Eintritt in den Völkerbund zu beraten, wird abgelehnt, ebenso ein weiterer Antrag der Kommunisten, einen Mißbilligungsantrag ihrer Fraktion gegen die Regierung wegen deren untätigen Haltung in der Erwerbslosenfrage. Da auch die Beratung des Berichts des Verkehrsausschusses über die Rechtsverhältnisse bei der Eisenbahn wegen der Verhinderung des Berichterstatters abgelehnt wird, so setzt schließlich der Präsident Löbe die nächste Sitzung Montag, nachmittag 3 Uhr, fest mit der Tagesordnung: Rechtsverhältnisse bei der Eisenbahn, Knappschaftsversicherung, soziale Fragen. Damit hat

das Plenum gegen den Aeltestenrat

beschlossen, da der Aeltestenrat im Gegensatz zu verschiedenen auswärts wohnenden Abgeordneten, die die Sonnabende und Montage sitzungsfrei wünschten, für den Sonnabend eine Sitzung anberaumt hatte. Die Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten, Völkischen und Teile der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums stimmten zwar für den Beschluß des Aeltestenrats, es mußte aber, da die Mehrheit zweifelhaft blieb, ein Hammelsprung vorgenommen werden, bei dem der Antrag mit 122 gegen 141 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt wurde.

Schluß 4 Uhr.

Die preußische Städteordnung.

Einzelberatung im Landtag.

Der Landtag erledigte gestern zunächst Eingabeberichte und nahm eine Reihe von Ausschußberichten entgegen. Dabei wird u. a. angenommen der Antrag, die Schaffung von Dauerkleingärten im Rahmen des in Vorbereitung befindlichen Städtebaugesetzes zu regeln, insbesondere Kleingartenflächen den Spiel- und Sportplätzen gleichzustellen.

Hierauf setzt das Haus die Einzelbesprechung der Städteordnung fort. Aus der großen Zahl der vorgebrachten Wünsche und Bedenken heben wir hervor: Abg. **Klupsch** (Soz.) bekämpft die Bestimmung, die das Wahlrecht an einen sechsmonatigen Wohnsitz im Gemeindegebiet knüpfen will. Die Bestimmung wird auch von den Kommunisten abgelehnt. Beim Abschnitt „Gemeindevorstand" fordert Abg. Kleinmeyer (Soz.), daß die Bestimmungen über die abgeschlossene juristische Bildung für Bürgermeister in Städten über 25 000 Einwohner gestrichen würden. Abg. v. Eynern (D. Vp.) befürwortet in der Frage der juristischen Bildung die Bestimmung, wonach, wenn es beim Bürgermeister nicht der Fall ist, ein besoldeter Stadtrat in Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern über die abgeschlossene juristische Vorbildung verfügen muß. Den Titel „Oberbürgermeister" solle man bei Städten über 50000 Einwohner einführen. Abg. Müller-Hameln (Soz.) wendet sich gegen die zwangsweise Einführung des Titels „Oberbürgermeister" in Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern. Beim Titel „Beamte, Angestellte und Arbeiter" fordert Abg. Kleinmeyer (Soz.), daß die Dauerangestellten nicht ihrer Rechte auf Grund des Betriebsrätegesetzes verlustig gehen. Abg. Leid (Soz.) verlangt Streichung der Bestimmung, daß werbende Betriebe von der Gemeinde in wirtschaftlicher und steuerlicher Hinsicht den Privatbetrieben gleichgestellen sind. Diesem Wunsch schließt sich der Regierungsvertreter an, während Abg. v. Eynern (D. Vp.) die Vorschrift bestehen lassen will, soweit nicht reichsgesetzliche Steuerbefreiungen vorgesehen sind.

Nach 5 Uhr vertagt der Landtag die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

Aus der Partei.

Fünfzehn Jahre „Narod". Das Zentralorgan der bulgarischen Sozialdemokratie „Narod" (Volk) blickt dieser Tage auf fünfzehn Jahre Bestehen zurück. Im Leitartikel erinnert das Blatt daran, daß es von Anfang an für die „einzige gerechte und gesunde Lösung der mazedonischen Frage", die Autonomie des Landes, eingetreten sei, daß es 1912 die Losung: Krieg dem Kriege! verfochten habe und daß es sich 1914 und 1915 mit aller Schärfe gegeen „die Bande Radoslawows" gewandt habe, deren Politik Bulgarien in die ökonomische und politische Abhängigkeit von Deutschland brachte und in den Weltkrieg und in die Katastrophe hineinriß. Ebenso stehe auf der Ehrenliste des „Narod" der erbitterte Widerstand gegen die bäuerliche Klassendiktatur Stambolijskis, wie der unermüdlichen Kampf gegen die Regierung Zankow, das gewalttätigste, tyrannischste und blutigste Regime, das Bulgarien je gehabt habe. Mit heller Zuversicht und ungebrochener Kampfkraft tritt „Narod" in sein 16. Jahr. Unseren Glückwunsch dem Streiter für die Sache des Sozialismus!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind nach Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

1. **Kreis Mitte.** Die Abteilungsleiter werden aufgefordert, die Dittmann-Broschüre umgehend beim Genossen Linde, Gartenstr. 92, 4 Tr., abzurechnen. Die nichtverkauften Broschüren sind sofort zurückzugeben.

7. **Kreis Charlottenburg und Spandau.** Juristische Sprechstunde am Sonnabend, den 6. Februar, nachmittags von 5 bis 6 Uhr im Jugendheim Rosinenstr. 4.

13. **Kreis Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade.** Lustige Abendfeier. Alle mit dem Kartenverkauf für die Abendfeier am Freitag, den 29. Januar, bei Grabl betraut gewesenen Genossen werden dringend ersucht, die Karten nunmehr bei dem Genossen Hoppenthin, Mariendorf, Rathausstr. 99, sofort abzurechnen.

Der Film „Freies Volk" läuft von heute bis Montag, den 8. Februar, in den Universum-Lichtspielen, Belle-Alliance-Str. 90. Sonnabend Beginn nachmittags 3 Uhr, Sonntagsvorstellung 10 Uhr, 11½ Uhr, 1¼ Uhr und 3 Uhr. Eintritt für Leser des „Vorwärts" 50 Pf.

Heute, Sonnabend, den 6. Februar:

33. Abt. 8½ Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Sokol, Demminer Str. 3. Die Bezirksführer rechnen mit dem Kassierer ab.

133. Abt. Buchholz. 7½ Uhr bei Rosslack, Hauptstr. 70, Funktionärsitzung.

Morgen, Sonntag, den 7. Februar:

18. Abt. Vormittags 10 Uhr bei Oblaß, Stralsunder Str. 11, wichtige Funktionärsitzung. Alle Funktionäre müssen unbedingt erscheinen.

Jungsozialisten. Gruppe Reinickendorf: Nachmittags 4 Uhr im Jugendheim Gerbad, Reinickendorf-Ost, Residenzstr. 49, Mitgliederversammlung. Anschließend daran gemütliches Beisammensein. — Gruppe Süden: Morgens 7½ Uhr Treffen am Schlesischen Bahnhof zur Fahrt nach Erkner.

*

48. Abt. Parteimitglieder, die die Filmaufführung „Freies Volk" besuchen wollen, können Vorzugskarten beim Genossen Schwarz, Uferstraße 6, abholen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

8. Abt. Am 3. Februar verstarb unser Genosse, der Maler Karl Bronkowski, Alte Schönhauser Str. 4, im Alter von 49 Jahren. Die Einäscherungsfeier findet am Montag, den 8. Februar, abends 6 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Wir erwarten rege Beteiligung.

Jugendveranstaltungen.

„Arbeiterjugend und Kunst." Der 4. Abend („Bildende Kunst" mit Lichtbildern) findet morgen, Sonntag, abend 7½ Uhr im Jugendheim Lindenstr. 3 statt. Referent Genosse Dr. Behne. Einzelkarten 20 Pf.

Eine neue Arbeitsgemeinschaft beginnt am Mittwoch, 10. Februar, abends 7½ Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3, über das Thema „Deutsche Verfassung", unter Leitung des Genossen Abraham. Teilnehmer werden noch aufgenommen.

Morgen, Sonntag, den 7. Februar:

Südosten (Görlitzer Viertel): Fahrt nach Königswusterhausen. Treffpunkt ½8 Uhr Görlitzer Bahnhof. — **Südwesten:** Fahrt nach Königswusterhausen, Hölzerner See und zurück. Treffpunkt 7 Uhr morgens Blücherplatz. Normaluhr. Fahrgeld etwa 80 Pf. — **Schöneberg II:** Nachmittagsspaziergang. Treffpunkt 2 Uhr Kirchplatz. — **Westen:** Wanderung Neubabelsberg—Teufelssee—Dreilinden. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Bülowstraße. — **Neukölln II und V:** Schnitzeljagd. Treffpunkt ½8 Uhr Hermannstraße (50 Pf. mitbringen). — **Lichtenberg-Nord:** Fahrt Potsdam—Caputh—Ferch—Werder. Treffpunkt ½7 Uhr Ringbahnhof Frankfurter Allee. — **Lichtenberg-Mitte:** Wanderung. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Stralau-Rummelsburg.

Werbebezirk Ostbahn: Kreisabend im Heim der Abteilung Friedrichsfelde. Jugendheim Pankow geschlossen.

Bildungskurse:

1. **Pankow:** Genosse H. Barthel über „Deutsche Reichsverfassung" ab Montag, 8. Februar, im Jugendheim Pankow, Breite Straße. — 2. **Tiergarten:** Genosse Bathur über „Die Jugend in der Gesellschaft" ab Mittwoch, 3. Februar, in der Schule Stephansplatz. — 3. **Kreuzberg:** Genosse Bruno Neumann über „Einführung in die sozialistische Gedankenwelt" ab Sonnabend, 6. Februar, im Jugendheim Reichenberger Str. 66. — 4. **Teltowkanal:** Genosse Heinrich Schulz über „Sozialistische Kultur und Erziehung" ab Montag, 8. Februar, in der Schule Steglitz, Ringstraße. — 5. **Prenzlauer Berg I:** Genosse Abraham über „Einführung in den Sozialismus" ab Montag, 8. Februar, im Jugendheim Danziger Str. 62. — 6. **Westen** (11. Kreis): Genosse Neumann über „Einführung in den Sozialismus" ab Mittwoch, 10. Februar, im Jugendheim Schöneberg, Rubens-, Ecke Hauptstraße. — 7. **Ostbahn:** Genosse Bruno Neumann über „Geschichte des Kapitalismus" ab Montag, 8. Februar, im Jugendheim Lichtenberg, Dottistr. 22. — 8. **Osten:** Genosse Eberl über „Praktischer Sozialismus" ab Montag, 8. Februar, im Jugendheim Rigaer Str. 102. — 9. **Wedding:** Genosse Bathur über „Einführung in die Volkswirtschaft" ab Montag, 22. Februar, im Jugendheim Schönstedtstr. 1. — 10. **Neukölln:** „Einführung in den Sozialismus". Beginn Montag, 8. Februar, im Jugendheim Schierkestr. 44.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Wedding: Radfahrende Kameraden treffen sich zu einer wichtigen Besprechung am Di., d. 9., 7½ Uhr, bei Müller, Uferstr. 12. — **Friedrichshain:** So., d. 8., nachm. 3.40 Uhr, Jugendabteilung, Küstriner Platz. Fahrgeld 1 M. Nachmittags Sonntag vorm. 6¾ Uhr Frucht-, Ecke Madaistraße. — **Wilmersdorf:** Achtung! Jugendkameraden melden sich bei Kamerad Mack, Augustastr. 29 (nicht Landhausstraße), in Wilmersdorf. — **Kreuzberg:** Sonntag, den 7., Sondervorstellung des Films „Freies Volk", Belle-Alliance-Str. 90. Eintritt 50 Pf. Südwesten 9¼ Uhr, Süden und Südosten 11½ Uhr vormittags Ecke Teltower Straße antreten mit Angehörigen. — **Neukölln-Britz:** Sonntag, den 7., Fahrt nach Karlshorst. ¾12 Uhr Antreten Bhf. Neukölln mit Tambourkorps. 2. Zug: Di., d. 9., abends 7 Uhr, Pflichtantreten im Vereinslokal Saale-, Ecke Unstrutstraße. — **Kameradschaft Lankwitz:** Die erste Rate für die Hamburg-Fahrt ist beim Kam. Stabeginski, Kaiser-Wilhelm-Str. 87, einzuzahlen. Endgültiger Meldeschluß 12. Februar. — **Pankow (Kreis):** Untergruppen Buch, Blankenburg, Buchholz und Karow am Di., d. 9., abends 8 Uhr, bei Kätz in Karow, am Bahnhof, Bollwerk. Nachrichtendienst ladet ein.

Der Bund heimattreuer Ostpreußen, e. V., in Berlin, eine vollkommen überparteiliche Organisation, der vor Jahren ins Leben gerufen wurde, um der abgeschnürten Provinz einen starken Rückhalt im Reich zu schaffen, beabsichtigt, ein Verzeichnis seiner nach vielen Tausenden zählenden Bundesmitglieder herauszugeben. Allen Ostpreußen wird empfohlen, sich auf einer 5-Pf.-Postkarte mit Angabe ihres Vor- und Zunamens (bei Frauen ihres Mädchennamens), des Standes, Geburtstages, Geburtsortes und früherer Adresse bei dem Vorsitzenden des Bundes, Oberregierungsrat Hoffmann, Potsdamer Str. 41, zu melden. Geldopfer von seiten der Mitglieder kommen nicht in Frage.

Bezirksschwimmfest. Am Sonntag, 7. Februar, findet im Stadtbad Stephanstr. Bereite. 90, das Bezirksschwimmfest des 4. Bezirks statt. Beginn 3 Uhr. Eintrittspreis für Erwachsene 50 Pf., Kinder 20 Pf.

Verein heimattreuer Sachsen und Thüringer. Sonntag, 7. Februar, 6 Uhr, in Gerhads Restaurant, Willibald-Alexis-Str. 3, Zusammenkunft. Landsleute sind eingeladen.

Arbeiterverein für Biochemie und Lebensreform i. V. B. Bezirk Friedrichshain: Mitgliederversammlung Montag, 8. Februar, ½8 Uhr, im Lokal Börkle, Friedenstr. 81. Referat über „Erkrankungen des Herzens". Frau Dr. Heldt. Gäste willkommen. — **Bezirk Wedding:** Mitgliederversammlung Montag, 8. Februar, ½8 Uhr, bei Rah, Markstr. 13 (Metallarbeiter-Börse). Referat über „Grundlagen der Biochemie". Gäste willkommen.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Die Frauengruppe Moabit veranstaltet am Dienstag, 9. Februar, einen Unterhaltungsabend in den Festsälen des Ulap. Im Konzertteil wirken u. a. mit: Opernsängerin Lotte Stein, Edith Lippmann (Rezit.), Hedwig Kochmann (Sopran) und Max Wachsmann (Violine).

Geschäftliche Mitteilungen.

Die deutsche Gastlichkeit hat von jeher zu den schönsten Eigenschaften deutschen Familienlebens gehört. Bei den heutigen schweren Zeiten muß sich die gastfreie Hausfrau mit ihrer schmalen Wirtschaftskasse gründlich den Kopf über die Frage zerbrechen, was sie ihren lieben Gästen vorsetzen soll. Eine der größten Ausgaben ist sowohl für das Gebäck, als auch beim Kochen und Braten die teure Butter. Da ist es ein Glück für Haushalt und Gäste, wenn die Hausfrau einsichtig genug ist, sie durch „Rahma Margarine buttergleich" zu ersetzen. Aus Milch und edlen Speisefetten hergestellt, kommt „Rahma buttergleich" an Geschmack und Nährwert der besten Molkereibutter gleich und kostet nur 50 Pf. das ½ Pfd.

Ein Beleg der Sparsamkeit! Frau Krüger trägt, wie wir von glaubwürdiger Seite vernehmen, noch immer ein Paar Schuhe, das sie im Jahre 1916, also vor 10 Jahren, gekauft hat! Bis 1921 trug sie die Schuhe nur Sonn- und Festtags, aber seit 1921 fast jeden Tag. Die Schuhe sehen natürlich nicht mehr ganz neu aus, aber niemand würde glauben, daß sie schon 10 Jahre getragen sind. Frau Krüger erklärt sich die lange Lebensdauer der Schuhe nur dadurch, daß sie zum Putzen die bekannte Erdal-Schuhcreme verwendet. Die Schwägerin von Frau Krüger, die auch Erdal verwendet, trägt ihre Schuhe schon im sechsten Jahre.

Briefkasten der Redaktion.

R. H. 84. 1. und 2. Nein. 3. Es gibt keine Stelle, an die Sie sich wenden könnten. — **W. K. 115.** Die Beiträge werden angerechnet. Sie müssen aber den rechtzeitigen Umtausch der Karte vornehmen. — **B. O., Pankow.** 1. Die Unterstützung wird nicht gewährt werden. Einen Antrag können Sie aber trotzdem stellen. 2. Ja. 3. Die Geschäftsstelle erfahren Sie bei Ihrem Bezirksamt. — **12jähriger „Vorwärts"-Leser.** Die Verhandlungen schweben noch. — **B. Gd. Tegel.** Nein. Sie dürfen aber auch den Kessel nicht benutzen. — **J. Sch. 64.** 1. und 2. Nein. 2. Der Hauswirt ist berechtigt, das Wassergeld umzulegen. — **Frau Schneider.** Nur auf 13 Wochen. Wenden Sie sich aber mit einem Antrag auf Weitergewährung an die Säuglingsfürsorgestelle.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Kälter, wolkig, ohne wesentliche Niederschläge. Nachtfrost. — Für Deutschland: Im Nordostdeutschland Frost auch tagsüber, sonst kälter. Im Mitteldeutschland Nachtfrost, überall wolkig und ohne wesentliche Niederschläge.

Gewinn-Auszug
5. Klasse 26. Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

2. Ziehungstag — 4. Februar 1926, nachmittags

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

14 Gewinne zu je 3000 M. 26269 66606 92796 103185 124166 146980 153406

38 Gewinne zu je 1000 M. 32026 36370 44173 45476 73226 131574 137822 162511 179320 204966 230217 244658 250615 252063 253449 259316 262952 281418 284993

78 Gewinne zu je 500 M. 3460 17737 22835 31966 32096 44635 56916 69736 73704 86891 90646 96849 103300 109936 135415 136887 138839 141117 152876 157798 163790 166371 172605 174431 186587 206623 210263 210525 213468 219936 236423 240499 246835 260029 261961 266573 276201 292227 299276

208 Gewinne zu je 300 M. 348 7640 13554 15357 15627 17676 21366 25746 26419 27332 27488 28220 31556 34457 37596 39175 45181 46593 49403 54347 56823 59234 62559 71263 73649 78206 78618 81217 81490 84455 87306 89189 91066 100965 103140 105226 105659 110625 110960 112307 112572 121636 138347 142565 143997 144205 146018 146857 152314 162600 162687 165596 169691 172439 175439 177125 177709 179145 181932 183272 184869 184954 186589 189038 191603 196225 199105 200450 201476 204163 205480 209312 210262 213399 216794 219223 224722 225990 227877 228512 228732 232861 241599 246252 248322 251471 257785 258634 263500 263976 273034 273050 273123 275052 265400 276378 276421 276892 283143 283648 285379 287459 288172 299063

3. Ziehungstag — 5. Februar 1926, vormittags

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

2 Gewinne zu je 5000 M. 247978

16 Gewinne zu je 3000 M. 1404 23507 37107 53730 63937 105206 196678 258868

20 Gewinne zu je 1000 M. 32419 52209 106240 130867 169756 187296 242835 256670 296574 296624

72 Gewinne zu je 500 M. 12102 12726 14396 17489 26535 28679 34263 44894 56294 57409 61667 68311 73775 84229 96356 104334 110163 110492 110616 113425 119834 140065 141150 141165 142139 147952 151183 155692 157610 162981 166359 187466 215067 248247 263212 266094

202 Gewinne zu je 300 M. 722 1146 1790 6069 6539 9476 12519 14587 19130 20267 29868 32341 32906 35600 38914 49556 52176 56762 56834 57563 60290 60701 61695 68065 74627 74861 77644 78833 79333 81426 83724 86805 88981 91892 93041 95135 95613 99015 107666 113417 114163 114992 117444 122677 130386 135092 135223 136496 138465 143308 143628 143746 145037 146022 146399 154467 157293 157971 164736 165735 165751 167504 175502 181406 181919 183269 186814 186959 194319 197263 199007 205613 212911 217166 219728 221304 225443 227694 228009 228128 231678 236984 239533 240063 245551 247359 252425 261091 261942 265065 265362 269136 269168 269996 270966 276318 277916 288544 288671 296773 299894

Letzte Sonder-angebote

für **Plüsch u. Pelz Mäntel**

Auch für stärkste Figuren!
Nur Westmann'sche Qualitäten!

Soweit Vorrat!

Plüschmäntel . . . 115.- 85.- 69.- 55.-

Pelzmäntel, echt . . . 375.- 250.- 189.- 128.-

Pelzjacken . . . 270.- 220.- 115.- 78.-

Wintermäntel jetzt 108.- 72.- 45.- 29.-

Complets, Kostüme, Kleider, darunter Modelle, **jetzt spottbillig**

Extra-Abteilung: **Trauer-Magazin**

Bekannt für la. Stoffe, flotte Formen, **außerordentlich billige Preise!**

Westmann

Mohrenstr. 37a * Gr. Frankfurter Str. 115

Vollaromatisch ist Kaffee Hag

Kaffee Hag-Probierstube
Berlin, Kurfürstendamm 26a

der coffeinfreie Bohnenkaffee